

Leipziger Volk

Weg mit Bürgerblock und Hakenkreuz!
Wählt Sozialdemokraten!

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Volksehrwürdigen Leipziger, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großh. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit Illustr., Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschl. Bringerlohn 2.-, für Selbstabholer 1.00 Mk. - Durch die Post bezogen 2.- Mk. ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72206. Postcheckkonto: Leipziger Buchdruckerei H. G., Leipzig Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 72206. - Verlag in Leipzig,
Tauchaer Straße 19/21 - Telephon 72206

Anzeigenpreise: Die 10 gespalt. Kolonelle 35 Pf., bei Platzvorkauf 40 Pf.,
Stellenangebote 10 gesp. Kolonelle 25 Pf., Familiennachrichten von Privaten
die 10 gesp. Kolonelle mit 50% Nachsch. Reklamezeile 2 Mk., Inserate v. ausw.:
die 10 gesp. Kolonelle 40 Pf., bei Platzvorkauf, 50 Pf., Reklamezeile 2,25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. - Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweigstellen und alle Postämter entgegen

Unter dem Zeichen der kommunistischen Liste 4

Vielleicht ist er schon morgen eine Leiche...

Auf Befehl der KPD-Zentrale ermordet?

Material zum Fall Leutner

Von Adolf Weinberg.

Der Verfasser dieses Aufsatzes gehört zu dem Freundeskreise des ermordeten Kommunisten Fridolin Leutner.

Die Redaktion.

Die Gerüchte über die Ermordung Fridolin Leutners waren nicht neu. Sie tauchten keineswegs zuerst, wie die KPD-Zeitungen behaupten, in der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse auf. Sie waren eigentlich schon vor dem gewaltsamen Tode Leutners da. Es steht fest, daß ein deutscher Kommunist der Witwe Leutners am Tage nach der überstürzten Abreise ihres Mannes nach Rußland sagte:

„Ihr Mann wird nicht zurückkommen!“

Auch über die Rolle der Tscheka oder einer ihrer gleichartigen Organisationen der deutschen Emigranten in Moskau bestanden nie Zweifel; sie wurde sofort zu einem interessanten Thema in den eingeweihten Kreisen der „Kommunistischen Internationale“. So sehr, daß seit 1923 auf der ganzen Welt jeder Kommunist, der in Widerspruch zur „Komintern“ geraten war und nach Moskau gerufen oder geschickt wurde, beim Abschiede von seinen Freunden den Schatten Leutners über sich fühlte.

Leutner gehörte zur jungen deutschen, zur Schühengrabengeneration. Seine sozialistische Bildung erwarb er in den Jugendzirkeln der vorkriegszeitlichen Sozialdemokratie.

Schon 1919 erbrachen Kommunisten seine Wohnung und suchten nach belastendem Material. Sie fanden nichts und gaben trotzdem ihre Überwachungen nicht auf. In der ganzen Größe seiner Ueberzeugung verzog er großmütig den Wachs- und Nachschlüssel-Männern, die ihn ja doch nur, wie er meinte, um seiner fabelhaften Qualitäten willen beneideten und so gar nicht begreifen konnten, weshalb ihm kein „Berufsunfall“, eine Verhaftung oder anders passierte.

Von den an der Wasserfront aktiven Nationalsozialisten trennte ihn der Belagerungszustand. Was er aus den beschränkten Parteidiskussionen von den Hamburgern hörte, befriedigte ihn nicht. Der Kampf zwischen dem Spartakusbund und der aufkommenden „Kommunistischen Arbeiterpartei“ machte ihn passiv. Das trat am klarsten in die Erscheinung anlässlich der Entwaffnung der Freikorps durch die rheinisch-westfälische Arbeiterschaft 1920. Erst spät beteiligte er sich an den Arbeiten des Zentralkomitees, wurde zum lebhaften Anhänger des „Bielefelder Abkommens“ - was ihn erneut verdächtigte! - und floh beim Reichswehrmarsch nach Berlin. Eine Festnahme und kürzere Haft in der Reichshauptstadt konnte ihn nicht mehr „beden“!

Das Gefängnis hatte ihn in seiner Auffassung gefestigt. Mit dem Rapp-Butsch war für ihn der Höhepunkt der deutschen proletarischen Revolution überschritten. Er hätte als alter Sozialdemokrat nichts mehr, als das „Revolution machen, um der Revolution willen“. Der „primitive bolschewistische Revolutionarismus“ müßte liquidiert und eine starke, legale, kommunistische Partei geschaffen werden. Das brachte ihm neue, erbitterte Feinde unter den ungeduldrigen, verspätet-kampflustigen Elementen der Partei.

Die Hoffnungen, die die Komintern in die Verschmelzung der USPD mit dem Spartakusbund setzte, teilte Leutner nicht. Auf seinen Fall konnten der verlorenen Revolution künstlich neue Kräfte eingepumpt werden. Das JA der „KPD“ verweigerte seine Uebernahme in den Angestelltenapparat der neuen Partei. Als ihn trotz des zentralen Verdikts die Kommunisten des Ruhrkohlengebietes halten wollten, entspann sich folgendes Gespräch zwischen einem nach Berlin gerufenen westfälischen Parteiführer und dem jetzigen Reichstagsabgeordneten Wilhelm Pief:

„Laßt Leutner fallen. Er ist konträrzueck und Spieß! Man muß ihn beseitigen!“

Auf die bestimmte Erklärung des Westfalen, von all dem sei im Ruhrkohlengebiet nichts, aber rein gar nichts bekannt, forderte Pief die Beseitigung Leutners im Interesse der westdeutschen Parteileitung unter der Führung des Reichstagsabgeordneten W. Stöcker.

Als einzige Antwort auf das Ansinnen der Zentrale wurde Leutner von den westfälischen Kommunisten ostentativ zu ihrem Propagandisten gewählt!

Der Parteibefehl

Von dem Tage ab war der Teufel im Ruhrkohlengebiet losgelassen. Gegen Leutner und seine Freunde, die „alte revolutionäre Garde“, wurde die Front der neuen Kommunisten organisiert, die an den revolutionären Kämpfen der Vergangenheit nicht beteiligt gewesen waren. Um dem immer gefährlichen Einfluß der „Traditionellen“ zu entgegen, wurden in wenigen Wochen die verflochtenen Kämpfe als „Klassenverrat“ diskreditiert. Die geschichtliche, spontane Abwehraktion der rheinisch-westfälischen Arbeiter gegen den Rapp-Butsch ging unter in eine wilde Hetze gegen das „Bielefelder Abkommen“.

Mittlerweile hatte sich die Situation in der Partei bedeutend verschärft. Die Fraktion der „Ultra-Linken“ organisierte die Scheinrevolutionären Angebotsströmungen: breiter Arbeiterschichten gegen den offiziellen Brandler-Kurs, der sich der geschichtlichen Benutzung nicht zu widersetzen schien. Die ultralinken Führer: Maslow, Fischer, König, Schüh usw. setzten zuerst entscheidend im Ruhrkohlengebiet an. Ihre verlogenen Slogansprechungen mußten ihnen die Parteiführung bringen!

Die großen Mittel, die zu diesem Fraktionskampf notwendig waren, erstanden die „Ultras“ in bedenklichen „Streifzügen“. Einzelne Parteisekretariate ver wandelten sich rasch in

Bermittlungs- und Sammelstellen für „Sachwerte“: Kupfer, Messing, Rotguth usw. usw. Die Inflation machte selbst das wertvollste Metall zu „Gold“. Der „Zerfall des Kapitalismus“ wurde zum Zerfall der KPD.

Zehn organisierten die „Traditionellen“ den Gegenschlag. Leutner sollte von Duisburg, wohin er gerade verschoben war, und sich von Dortmund vorstoßen. Die „Neutralität“ der Brandler-Zentrale war gesichert.

Der Plan wurde verraten, und ich wurde überraschend eingeschlossen. Leutner wich dem Entscheidungskampfe nicht mehr aus, er konzentrierte ihn auf meine Wiederaufnahme. Viele Ortsgruppen des Ruhrkohlengebietes stellten sich hinter unsere Bewegung. Die Partei stand vor der Spaltung!

In dieser Zeit - im Osten des Ruhrkohlengebietes hatten sich bereits 15 bis 20 Ortsgruppen offen von der Partei gelöst! - erreichte Leutner der

Parteibefehl zur Reise nach Rußland!

Seine Freunde wüteten, als er ohne Rücksprache mit ihnen abgereist war und befürchteten sofort die eingetretene Katastrophe. Ihre Ahnungen wurden verstärkt, als der wenige Tage später tagende Leipziger Parteitag Leutner, der angeblich zur Berichtserstattung über die Finanzlage der Partei nach Rußland gesandt war, nicht wieder zum Mitglied der zentralen „Revisionskommission“ wählte, eine Eigenschaft, in der er ja doch gerade nach Moskau geschickt war!

Leutner in Rußland

Er überschritt die russische Grenze. Zwischen durch machte ihn die „Besondere Auto-, Tank- und Panzermaschinen-Brigade“ theatralisch zum Ehrenmitglied der „Roten Arbeiter- und Bauernarmee“. In Briefen und auf Postkarten an seine deutschen Freunde äußert er sich überaus dankbar. Sie enthalten Bemerkungen, die ihn über alle Zweifel erhaben machten; und doch drückt er Besorgnis aus hinsichtlich seiner immer wieder „verzögerten“ Abreise nach Deutschland. Einmal sogar erschien er mit seinem Reisegefährten Günther-Berlin am Tage;

jedoch konnte er nicht mit abreisen, weil angeblich nur noch ein Reiseplatz frei sei. Günther fuhr ab, und Leutner blieb allein im weiten Rußland zurück!

Am 28. Februar 1923, am Tage vor der erneut festgesetzten Abreise Leutners nach Deutschland, erschien im Sowjet-Hotel „Lux“

der jetzige deutsche Reichstagsabgeordnete Edwin Hörnle mit einem unbekanntem Russen und bat Leutner, er möge für ihn in einer Fabrikversammlung sprechen, da er selber verhindert sei. In einer Stunde kämen zwei Leute, die ihn zu der Versammlung bringen sollten.

Auf dem Wege zu dieser Versammlung wurde Leutner erschlagen!

Zu der von Edwin Hörnle angegebenen Zeit tauchten im Hotel „Lux“ die zwei von Hörnle avisierten Leute auf. Es muß festgestellt werden, daß das Sowjet-Hotel „Lux“

nicht ohne Ausweis der Tscheka zu betreten war. Aus diesem Grunde schon müssen die Namen der beiden

A-Lesehalle
837



Die Totenmaske des ermordeten Kommunisten Leutner

„Unbekannt“, die Leutner abholten, der Tscheta bekannt sein! Ihre Namen sind jedoch bisher noch nicht genannt worden! Leutner, der sich kurz vorher bei der Teezubereitung die Hand verbrannt hatte, verließ das Hotel „Luz“ und ging mit den beiden Unbekannten davon. Nach langem Marsche mußte er, wie er mittel ist,

austraten und erhielt in diesem Augenblick von einem seiner Begleiter mit einem schweren Gegenstande einen Schlag auf den Kopf. Er verlor vorübergehend die Besinnung. Seine Begleiter verließen ihn.

Nach einer Besatz soll er später von einem „Militanten“ aufgefunden und als „unbekannt“ in einem Krankenhaus abgeliefert worden sein. Nach seiner eigenen Darstellung will er die Besinnung zurückgewonnen und sich selbst an einen „Militanten“ gewandt haben. Im Krankenhaus, erzählte Leutner, zu dem niemand außer der Frau des jetzigen Reichstagsabgeordneten Hörnle

Zutritt bekam — man hat anderen Personen, die Leutner ergeben waren, den Besuch verweigert! —, es sei ihm gewesen, als wenn hinter ihm etwas explodiert sei. Dann sei er kurze Zeit besinnungslos gewesen!

Am 2. März 1923 starb Leutner nach einer verunglückten Operation, die Offiz. der Sohn Klara Jenkins, vornahm. Er hatte angeblich sofort das Augenlicht verloren, eine Behauptung, die den jetzigen Reichstagsabgeordneten W. Pled zu der Bemerkung an die Witwe Leutners veranlaßte, es sei besser,

daß ihr Mann gestorben sei!

Was aber geschah in Deutschland?

In den ersten Meldungen des FA der SPD über den Tod Leutners wird nur von einem bedauerlichen Unglücksfall geredet. Erst als der „Dts. Express“ aus Moskau berichtet, Leutner sei einem Raubüberfall zum Opfer gefallen, änderte auch das FA seinen Kurs und spricht von einem „seligen Mord“. Und doch soll die erste, auf „bedauerlichen Unglücksfall“ lautende Meldung

telegraphisch von der Exekutive gegeben sein! Verdächtig und überschwinglich klingen die Nachrufe, die dem toten Leutner gewidmet sind.

Auf die sofortigen öffentlich erhobenen Beschuldigungen seiner Freunde, Leutner sei aus „parteilichem“ Gründen erschlagen worden, kam die erste, Leutner verächtlich machende Andeutung, eine bewußte Verdrehung des Tatbestandes. Leutner sei, behauptete der spätere Reichstagsabgeordnete Ariur König, ein Opfer seines bekannten sozialistischen Forschungsabtranges geworden. Auf einem nächtlichen Streifzuge durch die Verbrüder- und Birnen-Wiertel Moskaus habe man ihn aus dunklen Gründen ermordet!

Als diese zynische Version das Ansehen der Sowjets zu schmälern drohte, und zur Massenflucht aus der Partei führte, kam eine neue Version, die den Düsseldorf Kommunisten und Freund Leutners, E. Dschel, auf den Weg der Entdeckung leitete. Es wurde von namhaften Kommunisten nicht einmal, sondern oft ausgesprochen,

Leutner sei eine Parteigefahr, eine Gefahr für die dritte Internationale, er sei der „Spießel“ gegen die Partei überführt gewesen und deshalb beseitigt worden!

Der geheimnisvolle Brief

Ein Moment erscheint erdrückend. In der angeblich geraubten Brieftasche Leutners befand sich ein Brief, der zur Umgehung der deutschen Zensur nach Deutschland geschmuggelt werden sollte. In dem Brief waren Mitteilungen parteiinterner Natur der Schwägerin eines deutschen Reichstagsabgeordneten an ihren in Leipzig lebenden Bruder enthalten.

Die Brieftasche, in der sich der Brief befand, wurde Leutner „geraubt“. Und trotzdem kam der Brief in die Hände des deutschen Adressaten, und zwar mit einer deutschen Freimarke frankiert und mit dem Poststempel Berlin versehen!

Der Briefempfänger war nicht schlecht „verwundert“ und schickte den Brief — vielleicht in der Absicht, zur Aufklärung des Mordes beizutragen! — an seine Schwester nach Moskau zurück. Man darf nicht erstaunt sein darüber, daß dieser geheimnisvolle Botengang das Hotel „Luz“ vollends auf den Kopf stellte!

Welches Interesse — die Frage liegt doch sehr nahe! — hatten die „Banditen“, die Leutner nur um „krimineller“ Dinge willen erschlugen, an der Wesung des internen Parteidokuments? Und wie haben sie es abgehandelt? Welche Verbindungen bestanden zwischen ihnen und den Stellen, die den Brief in Berlin zur Post gaben? Das sind Fragen, die jeden objektiven Kriminalisten beweglich machen dürften!

Das Bekenntnis Sindermanns

Parteilose bestätigen sein faschistisches Bündnisangebot

SPD Chemnitz, 10. September.

Die Chemnitzer Rede des kommunistischen Abgeordneten des Sächsischen Landtags Sindermann, in der er ein Bekenntnis zu einem nationalsozialistisch-kommunistischen Bündnis ablegte, hat in den Kreisen der kommunistischen Parteimitgliedschaft wie eine Bombe eingeschlagen. Unter dem Druck der Veröffentlichungen in der sozialdemokratischen Presse ist Sindermann gezwungen worden, eine Erklärung abzugeben, in der er — nach altbekannter kommunistischer Methode — die Sozialdemokratie der Lüge bezichtigte. Dieses Ablenkungsmanöver hat indessen für die kommunistischen Heher die gegenteilige Wirkung erzielt: der sozialdemokratischen „Chemnitzer Volksstimme“ haben sich eine Anzahl von Zeugen zur Verfügung gestellt, die die nationalsozialistischen Ausführungen Sindermanns bestätigen. Sie haben die „Chemnitzer Volksstimme“ um Aufnahme einer Erklärung gebeten, in der es heißt:

„Die Unterzeichneten erklären hierdurch vor der gesamten Öffentlichkeit, daß die Ausführungen des kommunistischen Landtagsabgeordneten Sindermann, die in der „Volksstimme“ vom 5. September zitiert wurden, mit der Rede Sindermanns übereinstimmen. Im „Kämpfer“ (dem Chemnitzer Kommunistenorgan) hat der Abgeordnete Sindermann eine Erklärung veröffentlicht, in der die Feststellungen der Volksstimme als „Lügen“ bezeichnet werden. Diese Erklärung ändert aber nichts an der Tatsache, daß Sindermann ein öffentliches Bekenntnis zum Faschismus abgelegt hat. Daß Sindermann sich der Bedeutung seiner Ausführungen bewußt war, ergibt sich klipp und klar daraus, daß er außerdem noch erklärt hat: „Ich sage das bewußt, und wenn morgen die „Chemnitzer Volksstimme“ meine Ausführungen noch so groß (entsprechende Handbewegung) bringt!“

Die Erklärung ist von 8 Zeugen unterschrieben, 2 davon sind parteilos.

Brüning darf nicht reden

SPD Köln, 10. September.

Als in einem großen Kölner Kino-Theater ein Tonfilm mit einer Fünfminutenrede des Reichsanzlers Brüning angeblüht wurde und der Reichsanzler auf der Leinwand erschien, um die zahlreich erschienenen Zuschauer für seine Vaterordnung zu begeistern, brach ein Sturm der Entrüstung aus, so daß über die ersten Sätze Brünings hinaus nichts zu hören war. Die Leitung des Theaters ließ den Film nach den Mißfallensstundgebungen sofort abbrechen. Und das in der Hochburg des Zentrums, in Köln!

Neuer Gewaltstreich Pilsudskis

Weitere Verhaftungen — Protestkundgebungen

SPD Warschau, 11. September.

Die Verhaftung der Oppositionsführer hat in den Kreisen aller linksgerichteten Elemente eine außerordentliche Erregung hervorgerufen, die am Mittwochabend zu Demonstrationen vor dem Innenministerium und anderen Regierungsgebäuden führte. Schmährufe gegen die Regierung waren an der Tagesordnung. Wo sich auch nur Menschenmassen zeigten, griff die Polizei ein und nahm Verhaftungen vor. Ähnlich wie in der Landeshauptstadt ist die Situation in der Provinz. Auch dort wurden am Mittwochabend zahlreiche Protestversammlungen gegen die Verhaftung der Oppositionsführer veranstaltet. Auch dabei griff die Polizei ein und verhaftete auf höheren Befehl, was ihr in die Finger kam.

Insgesamt sind bisher 18 oppositionelle Abgeordnete verhaftet worden. Sie wurden in der Mehrzahl in der Nacht zum Mittwoch zwischen 2 und 3 Uhr aus den Betten heraus festgenommen. Die Haftbefehle sind, wie die Oppositionspresse meldet, nicht etwa von der Staatsanwaltschaft, sondern entgegen den gesetzlichen Bestimmungen von dem Innenminister unterzeichnet. Nach der polnischen Verfassung können Hausdurchsuchungen oder Verhaftungen nur auf Anordnung der ordentlichen Gerichte und auch dann nur vorgenommen werden, wenn die Befürchtung der Verübung eines begangenen Verbrechens vorliegt.

Alle Verhafteten wurden von Gendarmen bei Nacht in Autos nach einer entlegenen Festung gebracht, deren Name geheim gehalten wird. Wahrscheinlich ist es Brest-Litowsk oder die Weichselfestung Demblin. Die Warschauer Anwaltskammer hat gegen die Verhaftung ihres Mitgliedes Lieberman sofort protestiert. Er sei als parlamentarischer Anführer vor dem Staatsgerichtshof auch nach der Parlamentsauflösung rechtlich unantastbar. Gleichzeitig haben alle demokratischen Oppositionsparteien am Mittwoch einen gemeinsamen Aufruf zur Rettung des bedrohten Rechtes und der Volksfreiheit erlassen. Keine Gewaltmaßnahme könne ihren Willen brechen. Die Diktatur-Regierung Pilsudskis habe das Land so zerrütet, daß für fremde Imperialisten geradezu ein Anreiz zum Eingreifen geschaffen sei. Die Opposition verlange demgegenüber Rückkehr zur Demokratie, verstärkte Sozialpolitik und friedliche Außenpolitik zur Sicherung der Landesgrenzen.

Die Oppositionspresse ist am Mittwoch in Massen beschlagnahmt worden.

Generalfreist beschloffen?

LU Warschau, 11. September.

In Tarnow, dem Wohnort des verhafteten Oppositionsführers Ciołkosz, drang eine große Menschenmenge in die Starostei ein und zerrimmerte die Einrichtungsgenstände und zahlreiche Fenster Scheiben. Die Polizei eröffnete das Feuer. Zehn Personen wurden schwer verletzt.

Wie verlautet, hat am Mittwochabend in Warschau eine Versammlung der Berufsverbände stattgefunden, in der beschloffen wurde, zum Protest gegen die Verhaftungen in den nächsten Tagen den Generalfreist zu erklären.

Für eine Aktion der Internationale

SPD Berlin, 11. September.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat am Mittwoch an das Büro der Sozialistischen Arbeiterinternationale in Zürich folgenden Brief gerichtet:

Werte Genossen! Die auf Befehl der Regierung Pilsudski vorgenommene Verhaftung von Parlamentariern aus den Reihen der Oppositionsparteien Polens, insbesondere von führenden Genossen der PPS, ist

ein Ereignis von so weittragender Bedeutung, daß eine unverzügliche und kraftvolle Aktion der Internationale gegen diese faschistische Gewalttat unerlässlich erscheint.

Die gegenwärtige polnische Minderheitsregierung hat damit bewiesen, daß sie die Bahnen der verfassungsmäßigen Legalität, die sie bisher wenigstens dem Schein nach noch zu respektieren vorgab, endgültig verlassen hat. Marshall Pilsudski steuert nunmehr einen bewußt faschistischen Kurs. Der Terror, der bereits bei den letzten Sejmwahlen von der Regierung freilich ohne Erfolg angewendet worden war, wird bei den jetzigen Neuwahlen in unerhöhter Maße gesteigert, weil die militärischen Machthaber erkannt haben, daß sie bei einer wirklichen Volksbefragung in einer hoffnungslosen Minderheit verbleiben würden.

Die Internationale hat zweifellos die Pflicht, die Öffentlichkeit der ganzen Welt zum Protest gegen diese neueste Untat der Regierung Pilsudski aufzurufen,

die alle bisherigen Drangsalierungen der sozialistischen und nicht-sozialistischen Opposition in Polen weit in den Schatten stellt. Unsere Anregung geht dahin, daß das Büro der Internationale sich sofort mit den angeschlossenen Parteien in Verbindung setzt und ihnen empfiehlt, alle geeigneten Schritte zu unternehmen, um diesem Wahnsinn Einhalt zu gebieten und zunächst vor allem die vorgenommenen Verhaftungen wieder rückgängig zu machen. Überall, wo dies möglich ist und wo eine solche Aktion einen Erfolg verspricht, vor allem in den Ländern der westlichen Demokratien, deren Regierungen einen Druck auf Polen auszuüben in der Lage sind, sollten u. E. von den Vorständen der politischen Parteien und Parlamentsfraktionen entsprechende Schritte unternommen werden.

Es handelt sich nicht nur um eine innerpolitische Angelegenheit Polens, um ein Uebergreifen der faschistischen Diktatur auf die polnische Republik, sondern auch um

eine eminente Gefahr für den europäischen Frieden.

Diktaturregierungen bedeuten, weil sie alle in ihrem Wesen militaristisch sind und dem Prinzip der Gewalt huldigen, eine schwere Belastung für das friedliche Zusammenleben der Völker. Die Polnische Sozialistische Partei hat bisher die stärkste Gewähr für die Aufrechterhaltung des Friedens mit den Nachbarn Polens. Sie trat am energischsten für die Respektierung der Rechte der nationalen Minderheiten ein, die über ein Drittel der Gesamtbevölkerung Polens bilden. Ihre Vernichtung, die Pilsudski jetzt mit ähnlichen Methoden wie Mussolini erstrebt, würde den nationalistischen und militaristischen Elementen freie Bahn verschaffen.

Wir haben uns beeilt, durch diesen Schritt unseren polnischen Genossen, mit denen wir bisher noch keine Fühlung aufnehmen konnten, öffentlich unsere Solidarität zu bekunden

Rosenfeld spricht

Freitag, den 12. September, im Neustädter Gasthof

Das Bankkonto Scheidemanns

SPD Philipp Scheidemann, der seit drei Wochen in seinem Wahlkreis weilt, teilt uns mit:

„Drei Tage vor der Wahl macht die „Rote Fahne“ eine furchtbare Enthüllung, nämlich die, daß ich bei einem Berliner Bankhaus ein privates Konto von 100 000 Mark hätte. Das sei der Blutsold für gemordete und verratene Proleten. Das genannte Blatt wirft die Frage auf, wieviel ich noch bei anderen Banken liegen hätte, wieviel in das Ausland verschoben sei und wieviel Steuern ich zahlte. Weiter hat die „Rote Fahne“ mir vorläufig nichts vorzuwerfen.“

Das ins Ausland verschobene Geld kann die „Rote Fahne“ sich mit den Nationalsozialisten teilen, ich schenke es ihnen hiermit feierlich. Was ich an Steuern zahlte, mag die „Rote Fahne“ bei dem zuständigen Finanzamt erstfragen. Die bei Bett, Simon & Co. von der „Roten Fahne“ entdeckten Papiere bin ich bereit, der „Roten Fahne“ sofort für 100 000 Mark abzugeben; ein solches Geschäft mit Herrn Münzenberg zu machen, bin ich jederzeit bereit.“

Fackelzüge

Freitag, den 12. September

Probstheida, 19,30 Uhr, Russenstraße

Döllitz-Dösen, 19,30 Uhr, Dösen, Johannishöhe

Mockau, 19,30 Uhr, Volbedingstraße

Auf zum letzten Stoß!

Wer will da fern bleiben?

Bredt gegen den Mieterschutz

Die Hauszinssteuer ist nur ein Mißverständnis

LU Berlin, 10. September.

Reichsjustizminister Dr. Bredt hat in einer Unterredung mit dem Chefredakteur A. Friisch vom „Grundbesitz“ Erklärungen über die künftige Wohnungspolitik und die Realsteuernpolitik abgegeben, die für die Öffentlichkeit von Interesse sind.

Nach Ansicht des Ministers ist der Zeitpunkt nähergerückt, in dem wir die Zwangswirtschaft aufheben können, natürlich mit gewissen Uebergangsvorschriften für die kleinen Wohnungen. Ob diese Forderung schon durchzuführen sei, hänge natürlich ab von der Zusammensetzung der Regierung und der Reichstagsmehrheit. Wenn es nicht möglich sei, schon die Aufhebung der Zwangswirtschaft — mit den notwendigen Uebergangsbestimmungen — durchzuführen, so müsse zumindest eine erhebliche Lockerung der Zwangswirtschaft durchgeführt werden, wie er, der Minister, sie vor der Auflösung des Reichstags bereits in Arbeit genommen hätte. Wir müßten tunlichst schnell dahin kommen, die freie Bauartigkeit wieder in Fluß zu bringen, da eine dauernde Lösung der Wohnungsfrage nur auf diesem Wege möglich sei. Zur Frage der Hauszinssteuer führte Dr. Bredt aus: Die Hauszinssteuer ist im Grunde nur ein Mißverständnis in der ganzen Steuerleggebung.

Nach dem Aufwertungsschlusseß muß selbstverständlich eine Herabsetzung der Hauszinssteuer vorgenommen werden, dies ergibt sich klar aus der Befehlgabe. Eine Erhöhung der geleisteten Miete für solche Zwecke ist untragbar. Die Hauszinssteuer ist im Grunde nur eine Enteignung gewesen, weil sie einen großen Teil des Hausertrages und damit des Hauswertes wegnimmt. Die Steuer muß daher vom Standpunkte des Privateigentums aus g und s ä h t l i c h b e k ä m p f t werden.

Völkerverammlung

SPD Genf, 10. September.

Die Völkerverammlung des Völkerverbundes, die am Mittwoch in Anwesenheit von Vertretern von 51 Staaten eröffnet wurde, wählte den früheren rumänischen Außenminister und jetzigen rumänischen Botschafter in London Titulescu mit 46 gegen 50 Stimmen zum Präsidenten der diesjährigen Versammlung.

In der Nachmittagsung wurde die Konstituierung der Versammlung fortgesetzt. Bei der Wahl der Kommissionen erhielt Reichsaussenminister Dr. Curtius als Vizepräsident die dreifachste Stimmenzahl. Auf deutscher Seite deutet man das als ein Zeichen dafür, daß eine Mißbilligung gegen Deutschland im Ausland nicht vorhanden sei. Am Donnerstagvormittag wird Briand, am Nachmittag der englische Außenminister Henderson über den Europaplan sprechen.

WAS EINE MUTTER LEISTET DIE IHR KIND 6 MONATE STILLT

140 LITER MILCH



Die Frau in Familie und Beruf

Eine sozialpolitische Betrachtung aus der Hygieneausstellung in Dresden

Von Dr. O. Popitz

Die Gestaltung aller wirtschaftlichen Verhältnisse des neuen Jahrhunderts hat mit zunehmender Geschwindigkeit die Forderungen des Kapitalismus durchgesetzt...

Von der Wertung der mehrfachen Belastung der Frau muß eine wirksame Hygiene der Frau ausgehen. Wie diese Belastung durch die Lebensleistungen der Frau als weibliches Geschlechtsweibchen sich gestaltet...

Die Unsicherheit der Gesellschaft in der Beurteilung der Leistungen und der Fähigkeiten der Frau kommt zum Ausdruck in der Vorführung der Auspräge einzelner zu ihrer Zeit bedeutender Persönlichkeiten. Die einander widersprechenden Gedanken werden paarweise verbunden in helles Licht gesetzt...

Wenn in der Ausstellungsguppe die Frau im häuslichen Berufe mit warmem Herzen behandelt und beraten wird, so geschieht das mit zwar recht beachtenswerten Worten und Sätzen...

stellung, daß die Gesellschaft von heute sich bemüht fände, die Grundlagen, die Substanz für die richtige Ernährung in ausreichendem Umfange zur Verfügung zu stellen. Oder kann der Rat „häusliche Pflege der Alten und Kranken entlastet die Allgemeinheit“ verwirklicht werden...

Aber da liegt gerade der springende Punkt: all diese schönen Worte können nur Wirklichkeit werden, wenn die Gesellschaft, der Staat, die Gemeinden sich auf die Pflicht bestimmen, die hygienischen Grundlagen zu schaffen für die Entlastung der Allgemeinheit. Die Hygiene des Einzelmenschen soll nicht unterschätzt werden...

Und nun bedenke man etwa die Darstellung in einer kleinen Nebenabteilung von der Betreuung des Kindes durch die Mutter. Von den Kindern der Textilarbeiterinnen sind während der Arbeitszeit der Mutter 35 Prozent ohne Aufsicht, 23 Prozent stehen unter Obhut der Großeltern...

bedürftigen des Kindes im weitesten Maße Rechnung getragen werden könnte? Die Welt des Kindes ist eine andere als die des Erwachsenen, dessen „Weisheit“ und „Lebenserfahrung“ gar zu leicht und zu gern aus geistiger Bequemlichkeit dem Kinde die Lebensfreudigkeit beschneidet...

Wenn der Frau weiterhin gute Ratschläge gegeben werden, wie sie sich den Hausbetrieb vereinfachen kann, wie sie durch Benutzung der technischen Fortschritte in Küche und Haushalt Kraft und Zeit sparen kann, um sie für die Körperpflege zu vermehren, wie sie durch gesunde Kleidung und Ernährung sich vor Krankheiten schützen kann...

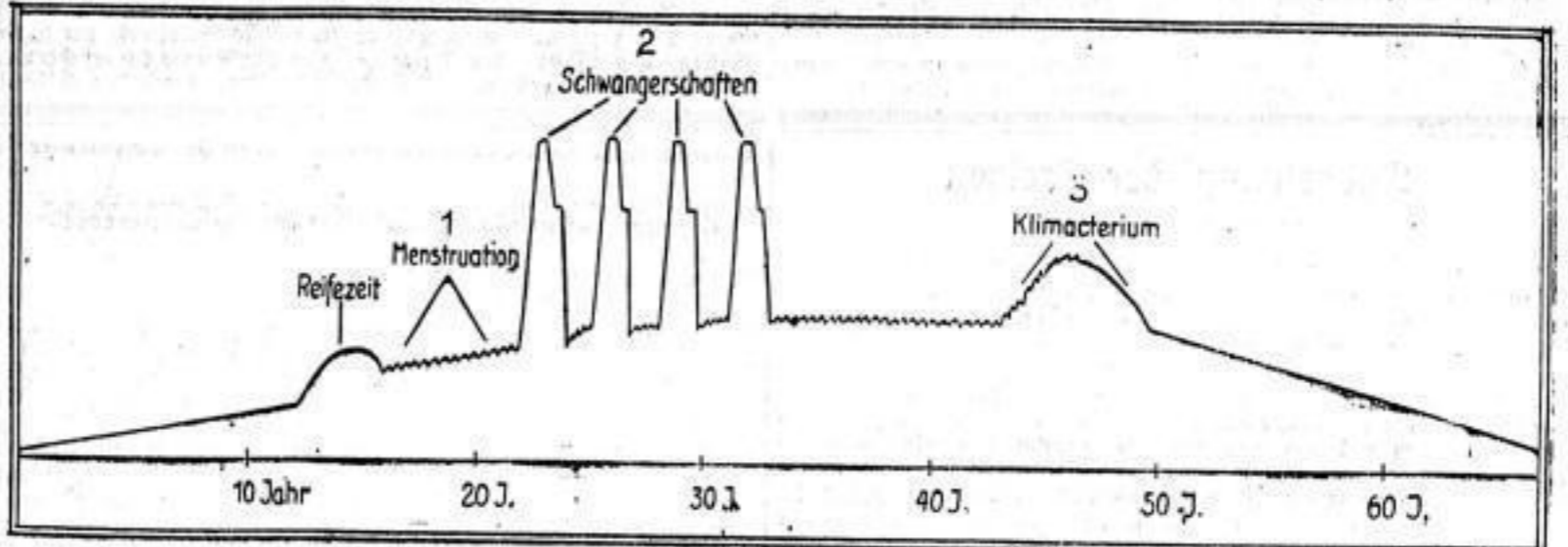
Alle noch so wertvollen Erhebungen, die zu Tabellen zusammengefaßt eine beredte Sprache führen, alle daraus entwickelten Auforderungen, dies zu tun, das zu lassen, erreichen ihren Zweck nicht. Sie wenden sich an das Verständnis und den Willen des einzelnen. Aber wo nimmt er die Mittel zur Hygiene her?

Es ist mit dem bishigen billigen oder kostenlosen hygienischen Herumpflücken an der Gesundheit nicht getan. Die Hebung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterklasse ist notwendig, um die Hygiene lebendig wirksam werden zu lassen. Durch die Ausstellung können wir erfahren, wie übel es um die hygienische Wirklichkeit im Leben der Frau bestellt ist...

Die wenigen Ausnahmen geht man aus der Abteilung: Die Frau in Familie und Beruf mit dem Eindruck heraus, daß hier wohlmeinende gut bürgerliche Kreise etwas zur Beruhigung ihrer Gewissen hingebaut haben, ohne zu den letzten Schlussfolgerungen aus dem Dargestellten den Mut zu finden...

Ja, das geht eben in das Gebiet der Politik über, und Politik muß bekanntlich aus der Hygiene ferngehalten werden. Vor allem darf man der Frau politisch nicht zu einem klaren Blick verhelfen, denn dann bestünde die Gefahr, daß sie zu einer Weistanstauung käme, die der Erhaltung des Bestehenden den Kampf ansagte...

Manche neue und fortschrittliche Erzeugnisse zeigt die Ausstellung, aber sie enthüllt nur jaghaft die vielen Schattenseiten des wirklichen Lebens, und das ist ihre Schattenseite.



1. Die regelmäßig wiederkehrende Fortpflanzungsbereitschaft (Menstruation), 2. Aufgaben der Mutterschaft (Schwangerschaft, Geburt, Wochenbett, Stillfähigkeit) und 3. Abklingen der Gebärfähigkeit (Klimakterium) beanspruchen in hohem Maße die Leistungsfähigkeit und Kraft der Frau. (Nach einer Skizze in der Dresdner Hygieneausstellung)

Besondere Zeiten verlangen besondere Leistungen.

Die größte deutsche Schuhfabrik zeigt in ihren neuen Herbstmodellen ein hochwertiges Qualitätserzeugnis. Tadellose Paßform, hervorragende Verarbeitung, große Preiswürdigkeit.



SALAMANDER

Petersstraße 16

Leipzig

Grimmaische Straße 15

Generalversammlung des Baugewerksbundes

Für die Sozialdemokratie und Liste 1

Die Halbjahresgeneralversammlung nahm gegen 18 kommunistische Stimmen folgenden Antrag an:

„Da die Sächsischen Arbeiterzeitung fortwährend unsere Baugewerkschaft durch verlogene Artikel beschimpft sowie die Bauarbeiter auffordert, die Liste 4 zu wählen, wird die Verbandsleitung aufgefordert, in der Leipziger Volkszeitung die Verlogenheit der Sächsischen Arbeiterzeitung richtigzustellen. Die Generalversammlung beschließt, daß die Bauarbeiterchaft am 14. September ihre Stimme nur der Sozialdemokratischen Partei, Liste 1, gibt, die Haltung der Verbandsleitung billigt und sich geschlossen hinter die Verbandsleitung stellt.“

Der Grund für diese Stellungnahme der Generalversammlung war der in der Sächsischen Arbeiterzeitung Nr. 205 vom 3. September 1930 erschienene Artikel: „Bauarbeiter aufgewacht“, den wir nachstehend vollinhaltlich wiedergehen:

„In Leipzig-Connewitz baut gegenwärtig die katholische Kirchengemeinde neben ihrer Kirche ein katholisches Krankenhaus. In sich schon ein Zeichen, wie weit sich diese Schwarzkitzel in dem sogenannten roten Sachsen vorwagen. Mit den ausführenden Firmen hat die katholische Kirchengemeinde in den Verträgen vereinbart, daß an katholischen Feiertagen die Arbeit zu ruhen hat. Die Diener Gottes auf Erden vergessen bloß, daß sie in diesem Fall, wenn sie die Arbeiter zum Feiern zwingen, ihnen natürlich die Zeit bezaubern müssen. Dessen weigern sich diese sonst so „wohlthätigen“ Herren. Die Baufirmen haben einen Anschlag herausgebracht, welcher besagt, wer mit diesen Maßnahmen nicht einverstanden ist, gilt als sofort entlassen. Der Deutsche Baugewerksbund, den diese Sache angeht, hilft sich in Schweigen und kneift feige. Vielleicht ist die Frage erlaubt, steht der Baugewerksbund mit der katholischen Kirche unter einer Decke? Ein Wunder wäre es nicht, denn in der SPD und in den Gewerkschaften sind ja Katholiken bis in die höchsten Funktionen tätig. Es sei nur erinnert an den Reichstagsabgeordneten Schred-Bielefeld und andere mehr.“

Bauarbeiter, das dürft ihr euch nicht gefallen lassen. Beim nächsten katholischen Feiertag müßt ihr einfach zur Arbeit antreten, und wenn euch diese Herren wieder nach Hause schicken, dann gilt es sofort, den Kampf aufzunehmen. Diese Freiheiten der katholischen Clique können nur gebrochen werden mit dem rücksichtslosesten Kampf auf der Baustelle. Jetzt gilt es, sofort die Belegschaft zusammenzurufen und tatkräftige Delegierte zu wählen, um beim nächsten Feiertag, wenn diese Frage wieder steht, diesen Schwarzkitzeln zu zeigen, daß Leipzig kein Rheinland ist. Bei diesem Kampf dürft ihr euch nicht auf den Baugewerksbund verlassen, dieser wird euch, wie bisher, auch in dieser Frage im Stich lassen und am Ende verraten. Sofort eine Kampfleitung gewählt und vorgeschoben, dann wird der Sieg euer sein!

Zu gleicher Zeit werden aber auch die Leipziger Bauarbeiter immer frecher. Bisher war es üblich, und so muß es auch in Zukunft bleiben, daß die Bauarbeiter, wenn sie wirklich einmal Ferien bekommen, ihren vollen Stundenlohn als Feriengeld ausbezahlt bekommen. Die Bauarbeiter wittern aber jetzt Morgenluft, sie werden jeden Tag frecher, gestützt auf den Verrat der Gewerkschaftsbürokratie. Jetzt zieht man den Bauarbeitern die 7 Pfennig Verzehrszulage, welche im Lohn mit enthalten sind, einfach vom Feriengeld mit ab.

Was macht der Baugewerksbund in dieser Situation? Er macht den Bod zum Gärtner und läuft zum Arbeitsgericht.

Kollegen, so sehen die Kampfmaßnahmen des Baugewerksbundes aus! Vor dem Arbeitsgericht werdet ihr kein Recht bekommen, dieses Gericht ist wie jedes andere ein Unterdrückungsinstitut in den Händen der Ausbeuter gegen die Arbeiterklasse. Ihr seht, die Bürokratie — so feig, Kämpfe zu führen — bringt euch immer tiefer ins Elend. Es gilt jetzt, die revolutionäre Gewerkschaftsopposition fest zu organisieren, um den Kampf aufzunehmen um Lohn und Brot. Zeigt, daß ihr als Bauarbeiter wie bisher in erster Reihe steht!

Kollege Kiehl hat in der Betriebsratung vom 4. September 1930 eingehend über die in vorgenanntem Artikel besprochenen Fälle berichtet.

Nach diesem Bericht erklärten die Kammergruppenobleute Otto Kiehl (Maurer) und Albin Herbig (Bauhilfsarbeiter), die beide eingeschriebene Mitglieder der Kommunistischen Partei sind, daß sie derartige schwindelhafte Artikel der SAZ auf keinen Fall billigen könnten, sondern die Stellungnahme der Verbandsleitung nur aufzuheben vermöchten.

Dieses Bekenntnis der eigenen Parteigenossen der angeblichen einzigen revolutionären Arbeiterpartei ist wohl Beweis genug dafür, welche traurige Agitation die SPD betreibt, um die Stimmen der Bauarbeiterchaft am 14. September für sich zu erschleichen.

Wie verhält es sich mit obigem Fall nun in Wirklichkeit?

Richtig ist, daß die Firma Steyer durch Vertrag gebunden ist, an fünf katholischen Feiertagen nicht arbeiten zu lassen. Richtig ist, daß die Verbandsleitung die Betriebsvertretung angewiesen hat, die Belegschaft aufzufordern, sich an den in Frage kommenden Feiertagen der Firma zur Arbeit zur Verfügung zu stellen und die Unterzeichnung des von der Firma vorgelegten Schriftstückes zu verweigern. Richtig ist ferner, daß die Verbandsleitung sofort gegen die willkürliche Maßnahme der Firma Steyer beim Unternehmerverband energischen Protest mit dem Hinweis, daß Tarifbruch vorliege, eingelegt und bei den Verhandlungen mit Ergreifung der schärfsten Maßnahmen gedroht hat. Weiter entspricht es den Tatsachen, daß die Belegschaft trotz wiederholter Aufforderung, sich zur Arbeit zu stellen, es vorgezogen hat, zu Hause zu bleiben. Unser Vertreter stand bei einer Kontrolle dieser Baustelle morgens 7 Uhr vor verschlossenen Türen.

SACHSEN

Über 416000 Arbeitslose in Sachsen

Die Arbeitslosenkurve ist in der Berichtszeit vom 15. bis 31. August 1930 fast im gleichen Ausmaße, nämlich um über 10 000, angewachsen wie in der ersten Augusthälfte und erreichte am 31. August den Stand von rund 416 700. Während in der Arbeitslosenversicherung durch die fortschreitenden Aussteuerungen eine weitere Entlastung um 1581 oder 0,8 Proz. eintrat und die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger von 193 337 auf 193 736 gestiegen ist, erfuhr die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Krisenunterstützung wiederum die erhebliche Steigerung von 83 589 auf 88 900, also um 6,4 Prozent.

Die härtesten Zugänge von Arbeitsuchenden kamen wiederum aus der Metallindustrie und aus der Lohnarbeit wechselnder Art mit je über 2000. Das Spinnstoffgewerbe gab in der Berichtszeit 1600 Personen frei, darunter 850 weibliche. Die Zahl der verfügbaren Arbeitsuchenden im Baugewerbe zeigt bereits seit Ende Juli wieder eine Zunahme. Die Bereitstellungen von Reichsmitteln für den Wohnungsbau haben noch keinen fühlbaren Einfluß ausgeübt. Wohnungsbauten wurden bisher nur in ganz geringem Umfang begonnen und in sehr kurzer Zeit fertiggestellt. Nach wie vor herrscht eine starke Fluktuation unter den Bauarbeitern. Auch die übrigen Außenberufe belasteten den Arbeitsmarkt bereits durch zunehmende Entlassungen. Eine beachtliche Abnahme der Zahl der Arbeitsuchenden verbuchte lediglich das Bekleidungs-gewerbe, was wohl auf den Beginn der Herbstsaison zurückzuführen ist. Die Gesamtlage wird durch allgemeine Unsicherheit und besonders Kurzfristigkeit der Arbeitsverhältnisse gekennzeichnet. Auch Stilllegungen fanden wieder in großem Umfang statt und trübten das Bild.

Vergleicht man die einzelnen Arbeitsamtsbezirke nach dem Ausmaße der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und Krisenunterstützung auf 1000 Einwohner nach dem Stand vom 15. August 1930, so stehen besonders ungünstig da die Arbeitsämter Sebnitz mit 28,4 v. T. in der Krisenunterstützung und 45,7 v. T. in der Arbeitslosenversicherung, Freital mit 24,0 v. T. in der Krisenunterstützung und 47,1 v. T. in der Arbeitslosenversicherung, Föbha mit 24,7 v. T. in der Krisenunterstützung und 45,2 v. T. in der Arbeitslosenversicherung, und Chemnitz mit 24 v. T. in der Krisenunterstützung und 42,4 v. T. in der Arbeitslosenversicherung.

So sieht ein Nazi-Bonze aus

Der nationalsozialistische Kandidat für das sächsische Arbeits- und Wohlfahrtsministerium, Oberregierungsrat Dr. Herbig, hat sich etwas Einzigartiges geleistet. Er hat eine Klage gegen den sächsischen Staat eingereicht, weil ihm am 1. September auf Grund der neuen Steuern von seinem Monatsgehalt, das 1200 Mark beträgt, 27,50 Mark abgezogen wurden.

Während die Nazis in ihrer Wahlagitiation so tun, als ob sie für die notleidenden Schichten eintreten wollten, zeigt sich hier ganz deutlich ihr wahrer Charakter. Statt dafür zu kämpfen, daß die schwer belasteten unteren Beamtenschichten weniger Steuern zu zahlen brauchen, weigert sich ein Mann, der ein Jahresgehalt von rund 15 000 Mark bezieht, seine Steuern zu zahlen. Das ist ein echter Nazi-Bonze!

Ein Nazi-Bürgermeister?

Die Stadtverordneten von Pulsnitz (5000 Einwohner) haben den Radebeuler Rechtsanwalt Dr. Jurgelitz zum Bürgermeister von Pulsnitz gewählt. Jetzt berichtet unser Löbauer Parteiblatt, daß Dr. Jurgelitz bei einer Stadtverordnetenwahl in

Es entspricht den Tatsachen, daß der Syndikus des Unternehmerverbandes an seine Mitglieder eigenmächtig ein Rundschreiben herausgegeben hat, statt der Ferienentschädigung von 1,30 Mark für Maurer und 1,15 Mark für Bauhilfsarbeiter nur den Grundlohn von 1,30 für Maurer und 1,08 Mark für Bauhilfsarbeiter zu zahlen. „Was macht die Baugewerkschaft?“ schreibt die SAZ.

Der Vorstand der Baugewerkschaft rennt nicht zum Arbeitsgericht, wie von der SAZ behauptet wird, sondern beim Erscheinen des Artikels in der SAZ war die ganze Angelegenheit vor der in Frage kommenden Tarifinstanz bereits geregelt. Es wurde entschieden, daß die Entschädigung der Ferien nach den geltenden Stundenlöhnen wie bisher zu erfolgen hat, also der Maurer 1,30 Mark und der Bauhilfsarbeiter 1,15 Mark pro Stunde Ferienentschädigung erhält. Wir halten es für unter unserer Würde, noch weiter auf das Geschreibsel der SAZ einzugehen.

Kollegen vom Baugewerksbund, so sieht die Wahrheit aus. Wendet euch ab von dieser Schwindelpartei, diesen Verrätern der Arbeiterchaft, den Helfershelfern der kapitalistischen Gesellschaft! Stärkt die Sozialdemokratische Partei durch euren Beitritt und helft, die gesamte Arbeiterchaft zu dem Sieg zu führen, der uns von dem kapitalistischen Joch befreit und den Sozialismus bringt! Führt deshalb die Beschlüsse der Generalversammlung durch und gebt am 14. September eure Stimme einzig und allein der Sozialdemokratischen Partei, Liste 1!

Radebeul als Spitzenkandidat der „Völkischen Freiheitspartei“ fungiert hat. Kommunalpolitisch ist Dr. Jurgelitz nicht besonders hervorgetreten, und seine juristischen Kenntnisse werden von Fachleuten umstritten — aber diese Mängel werden für die bürgerliche Stadtverordnetenmehrheit offenbar durch die Nazi-Gewinnung des neuen Bürgermeisters wettgemacht.

Die Sozialdemokratie schafft Arbeit

Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion in Dresden hat im Stadtverordnetenkollegium den Antrag eingebracht, den Rat zu ersuchen, sofort weitere 3 Millionen Mark für den Wohnungsbau (etwa 600 Wohnungen) aus Mitteln der Mietzinssteuer, 2 Millionen Mark für Notstandsarbeiten und 500 000 Mark zum Bau des geplanten Abfanganals links der Elbe bereitzustellen. Ferner fordert der Antrag umfangreiche Hilfsmaßnahmen für die Erwerbslosen.

Kommunistischer Presseprozeß

Das Gemeinsame Schöffengericht Dresden verurteilte den 24 Jahre alten verantwortlichen Schriftleiter der Dresdner „Arbeiterstimme“, Willi Förner, wegen übler Nachrede durch die Presse zu 1 Monat Gefängnis. Die kommunistische Arbeiterstimme hatte mehrere Artikel gebracht über angebliche Mißstände in der Reichswehr in Sachsen. Das Gericht hat den Wahrheitsbeweis nicht für erbracht angesehen.

Die Verletzung von Hölz

Max Hölz hat bei der Schlägerei in der Wahlversammlung in Bad Elster eine Gehirnerschütterung und Armquetschungen erlitten. Von den durch Türen und Fenster stührenden Versammlungsteilnehmern sind, wie sich erst jetzt herausstellte, außer Hölz noch 12 weitere Personen verletzt worden.

Die kommunistische Presse schneidet auf, die Ärzte hätten sich geweigert, Hölz Hilfe zu leisten. Es wird aber berichtet, daß Hölz zu einem Arzt in Behandlung gebracht wurde, dort aber erklärte, er wolle nicht in Bad Elster bleiben, sondern zu seinem Freund nach Falkenstein gebracht werden. Das ist auch geschehen.

Menschenopfer unerhört

SPD Chemnitz, 11. September. Wieder hat sich in der Nähe von Chemnitz eine erschütternde Familientragödie abgespielt. In Oberlichtenau hat sich ein 19jähriger Arbeiter, Mitglied der Sozialdemokratischen Partei und Sohn eines langjährigen Parteimitgliedes, vom Zuge überfahren lassen. Seit langen Jahren arbeitslos, ausgesteuert und zuletzt nach krank, das waren die Motive zu der Verweissungstat. Der junge Mann war einer der ältesten von zehn Geschwistern. Er brachte es nicht mehr fertig, seinen Eltern noch weiter zur Last zu fallen.

Eine Muttertragödie

In Chemnitz wurde im Abort eines Grundstückes eine weibliche Kindesleiche aufgefunden. Offenbar handelt es sich um eine heimliche Geburt. Das Kind ist wahrscheinlich vom Hofe aus in die Grube geworfen worden. Die Mutter ist unbekannt. Die Tat dürfte erst in den letzten Tagen ausgeführt worden sein.

Dresden. Ein ungemütlicher Vater. In seiner Wohnung geriet ein Dienstmann mit seinem 26 Jahre alten Sohn in Streit. Der Sohn wußte schließlich, um sich vor seinem sich wie rasend gebärdenden Vater zu retten, keinen anderen Ausweg mehr, als aus dem Fenster zu springen. Er blieb mit erheblichen Verletzungen liegen. Der Vater wurde der Heil- und Pflegeanstalt zugeführt.

Lichtenstein-Callenberg. Das Motorrad auf dem Hundewagen. Zwischen Oberlungwitz und Lichtenstein-Callenberg fuhr ein Motorradfahrer von hinten auf ein Hundegepänn. Der Kraftfahrer und der Führer des Hundewagens waren auf der Stelle tot, während eine Frau leicht verletzt wurde.

Neustadt. Durch Hufschlag schwer verletzt. In Langburkersdorf wurde ein Bierkutscher schwer verletzt im Pferdestall aufgefunden. Das Pferd hatte ihn beim Füttern mehrfach geschlagen. Er wurde bewußtlos ins Krankenhaus geschafft.

Chemnitz. Eine unangenehme Ueberraschung in der Luft. Am 10. September erlebten die Gäste eines Flugzeuges, das nach Prag startete, in der Luft eine unangenehme Ueberraschung. Als das Flugzeug etwa 20 Meter hoch gestiegen war, blieb aus noch unaufgeklärter Ursache plötzlich der Motor stehen. Der Führer versuchte, wieder über dem Flugplatz zu landen. Der Apparat blieb aber mit einem Flügel an einer Gartenlaube in der Nähe des Flugplatzes hängen und wurde beim Niedergehen stark beschädigt. Der Führer und die Fluggäste sind unverletzt geblieben.

Waldheim. Fromm aber ungetreu. Der Sekretär Ungelühm von der Stadtkirche hat 1600 Mark Kirchengelder unrechtmäßiger Weise eingezogen und ist seitdem flüchtig. Er wird, da er auch noch anderer Straftaten beschuldigt wird, von der Staatsanwaltschaft Stadtbüchlich verfolgt.

Wir liquidieren und verkaufen jetzt

Tische und Stühle

in verschiedenen Modellen und Holzarten, roh, gebeizt und poliert

vollständige Zimmer, Einzelmöbel

zu besonders niedrigen Preisen

Hausrat Sachsen

G. m. b. H. LEIPZIG C 1
in Liquidation Querstraße 21/23

Verkauf vormittags 9 bis 1 Uhr und nachmittags 3 bis 7 Uhr

UMGEBUNG

Verordnenstiftung in Engelsdorf

Die Neubauten in der Schulstraße sind soweit gediehen, daß am 1. Oktober mit der Eröffnung der Apotheke zu rechnen ist. Einer Aenderung der Bauvorschriften, die Innenblöcke der Baugenossenschaft nicht zu bebauen, um den Wohnungen genügend Licht, Luft und Sonne zuzuführen; der Uebernahme der Friedrich-Ebert-Straße durch die Gemeinde sowie der Herstellung des Triftweges hinter der Siedlung Engelsdorf-Ost für den öffentlichen Verkehr, stimmte man zu. Die unter dem Reichswohnungsbauprogramm zur Erziehung kommenden 24 Wohnungen werden nicht in der Bauandorfer Straße, sondern in der Bahnhofstraße gebaut, um zu erreichen, daß jede Wohnung besonnt wird. Der Antrag des Sportvereins Vorwärts um Ueberlassung eines Platzes wurde gegen die zwei Kommunisten abgelehnt. Hierbei brachten unsere Genossen ganz eindeutig zum Ausdruck, daß sie eine solche Eigenbräuterei grundsätzlich ablehnen und ihnen die mühsam ausgebrochenen Gemeindegelder zu wertvoll sind, um sie in solchen, die Kulturbewegung der Arbeiterschaft schädigenden Unternehmungen zu verzerren.

Der kommunistische Gemeindevorordnete Niehsche stimmte für diesen Antrag und erklärte sich damit für die Zerspaltung der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung. Arbeiterportier merkt ihr, wohin es gehen soll?

Die SPD-Fraktion hatte beantragt, für verheiratete Arbeitslose, Krüden- und Fürsorgeempfänger für Winterkohle und Kartoffeln Mittel zur Verfügung zu stellen. Dies fand einstimmige Annahme. Die Kommunisten wollten generelle Unterstützung, obwohl sie genau wissen, daß das ungeschicklich ist. Die Hilfsbedürftigen tun gut, schon jetzt ihren Antrag beim Fürsorgeamt zu stellen.

Verordnenstiftung in Böhlen

Für Instandsetzung der Stähnaer und Röhhaer Straße kommt eine weitere Beihilfe durch den Bezirksverband nicht in Frage. Die ASW teilen mit, daß das Trinkwasser auf Grund einwandfreier Untersuchungen nicht gesundheitsgefährlich ist. Zur Kraftwagenlinie Zwenkau-Rötha eine bestimmte Summe zu garantieren wurde abgelehnt. Die Abrechnung über die Pfisterung der Stähnaer und Röhhaer Straße, welche vom Bauausschuß geprüft und für richtig befunden wurde, ist vom Kollegium anerkannt worden. Die sich etwa einstellenden Fehler werden vertragsgemäß innerhalb der Garantiezeit behoben. Aus Reichsmitteln soll die Gemeinde zur Errichtung eines Zwölffamilienhauses 42.000 Mark erhalten. Zugunsten der BWO (Bergmanns-Wohnstätten-Gesellschaft) verzichtet die Gemeinde auf die 42.000 Mark. Dafür baut aber die BWO statt eines 12-Familienhauses ein 24-Familienhaus, wovon 12 Wohnungen ausschließlich der Gemeinde zur Verfügung stehen. Diese 12 Wohnungen unterliegen dem Mieterschutzgesetz. Die vorgelegte Zeichnung, über die Einführung der elektrischen Straßenbeleuchtung wird genehmigt. Durch die SPD-Fraktion kommt zum Ausdruck, alle gemeindlichen Bauvorhaben schnellstens durchzuführen, bei Vergebung derselben an Unternehmer aber darauf zu achten, daß besonders Böhlen Erwerbslose Beschäftigung finden.

Großhändler Nachrichten gegen Sozialdemokraten

In Nr. 104 vom 4. September bringt vorerwähnte Zeitung eine Notiz „Die Krankengebühr, eine Einrichtung, die von den Sozialdemokraten gefordert wurde.“ Es ist da u. a. zu lesen: „Es bleibt dabei, daß die von den Sozialdemokraten jetzt so sehr bekämpften Vorschläge des Reichsarbeitsministers Stegwald zuerst von dem Vorsitzenden des sozialdem. Hauptverbandes deutscher Krankenkassen, Lehmann, und nachher von dem früheren sozialdem. Reichsarbeitsminister Wisfoll vorgeschlagen worden sind.“

Was ist Tatsache?

Sowohl der Verbandstag von 1928 wie der von 1929 in Nürnberg haben die Erhebung einer Krankengebühr oder eines Arzneikostenanteils als nicht in Frage kommend erklärt. Gen. Lehmann hat bei der Tagung des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen am 17. August 1930 in Dresden die ihm persönlich gemachten Vorwürfe in dieser Angelegenheit als unrichtig zurückgewiesen.

Unter Wisfoll wurde ein Referententwurf ausgearbeitet. Wisfoll aber hat erklärt, daß er den Referententwurf weder dem Kabinett noch dem Reichstag vorlegen werde. Erst sein Nachfolger Stegwald (Zentrum) hat sich den von Wisfoll abgelehnten Entwurf zu eigen gemacht.

Somit steht fest, daß sich die Großhändler Nachrichten in einer Front nicht nur mit Hugenberg und Konsorten, sondern auch mit Nazis und Kommunisten befinden. Ein derartig offenkundiger Wahlschwindel muß jedem einzelnen Großhändler Parteimitglied Veranlassung sein, überall, im Betrieb, beim Erwerblosen, bei geselligen und privaten Zusammenkünften

der Schwindelnotiz ausfindig entgegenzuwirken und die Zeit bis zum Wahltag auszunutzen, daß am 14. September alle proletarischen Wähler der Großhändler Nachrichten ihre Stimme vereinen auf Liste 1.

Provokation der Nazis und Nazis in Eithra

In der Absicht, auch bei dieser Wahl dem Marxismus Stimmen abzufangen, veranstalteten die Hitlerbanditen am Sonntag eine Kundgebung. Von dieser lange Zeit vorher Kenntnis genommen, veranstalteten die Leipziger Kommunisten bereits schon am Sonnabend eine Versammlung. Die auswärtigen KP-Disten waren angeblich als Ortsklub mobilisiert worden. Der ganzen Nacht galt ihr Treiben. Sehr trefflich schreibt die SWZ: In der Nacht wurde feste Wahlarbeit gemacht. Transparente gezogen und Plakate geklebt und als die Eithraer Arbeiterschaft am Sonntagmorgen auf die Straße kam, konnten sie überall sehen, daß unsere Genossen nicht müde gewesen sind. Wir haben auch diesmal wieder den wahren kommunistischen Klassenkampf kennen gelernt.

Kein unbekanntes Wahlplakat von uns war mehr zu sehen. Die KP hatte ganze Arbeit geleistet.

Gegen 16.15 Uhr rückten die Nazihorden, sofort von der Polizei empfangen, in unserem Orte ein. Ohne große Beachtung war ihre Kundgebung nach einer halben Stunde abgeblasen worden. Obwohl sich Herr Haake die größte Mühe gab, durch seine Hejrede die Massen an sich zu ziehen, isolierten sich die paar Neugierigen immer mehr von ihrer Umgebung. Während dieser Kundgebung marschierten die Kommunisten mutig auf und ab. Rache, Rache, hallte es dann und wann aus jugendlicher Kehle. Als die Nazigestalten den Ort verlassen wollten,

wäre bald noch in letzter Minute ein Blutbad angerichtet worden. Dank der 70 Mann stark angeloberten Polizei ist es den Kommunisten vorbeigeklungen.

Es muß an dieser Stelle offen gesagt werden, daß an einem Blutvergießen einzig und allein, ohne Rücksicht auf die Nazihorden, die Schuld der KPD beigemessen gewesen wäre. Warum hat die KPD ihr Versprechen nicht gehalten, während der Anwesenheit der Nazis den Sportplatz nicht zu verlassen? Warum? Wollte man durch ein Blutbad eine Hejrede gegen Genossen freier erklangen? Weil verdammerlichen Argumenten versucht die SWZ das muttergöttliche Verhalten der Polizei zu kritisieren.

Den besten Eindruck jedoch hat die SWZ Arbeiterjugend hinterlassen. Mit Fansarenklängen und Sprechchor durchzogen sie den Ort. Ihre kräftigen Gesichter zeugten davon, daß diese Wahl einen schweren Kampf für das Proletariat bedeutet. Mit einem begeisterten aufgenommenen Appell des Gen. Herberich verließ die Jugend noch getaner Agitation die hiesigen Einwohner.

Am 14. September gilt es, den Bürgerblock zu sprengen. Gebt eure Stimme der Sozialdemokratie — Liste 1.

Großstädteln.

Verordnenstiftung. Das Begebauprogramm für 1930/31 wird nach dem Vorschlag des Bauausschusses aufgestellt und die Nachtbeleuchtung für die elektrische Straßenbeleuchtung festgelegt. Die Anträge der KP werden mit 3 gegen 2 Stimmen abgelehnt. Es war gefordert worden, Protest gegen die Steuernotverordnung zu erheben und die Einhebung der Steuern zu unterlassen. Für die Entschädigung des Gemeindevorarbeiters wird künftighin der Tarif für angelernte Arbeiter zugrundegelegt. Es wird die Errichtung einer Eheberatungsstelle mit der Stadt Leipzig und deren Bestimmungen bekanntgegeben. Zu 4 Bauvorhaben werden die Baubedingungen aufgestellt und der Amtshauptmannschaft übersandt.

Die elektrische Straßenbeleuchtung für den Gemeindebezirk konnte dieser Tage zum erstenmal ihre Leuchtkraft beweisen. Es sind 49 Brennstellen eingeführt worden; Richtungs Lampen werden bis nach Mitternacht brennen.

Tausch.

Im vergangenen Monat sind bei der hiesigen Sparkasse 145 483 Mark in 525 Posten eingezahlt und 30 050 Mark in 139 Posten zurückgehoben worden. 84 Einlagebücher wurden neu ausgestellt, zehn sind erloschen.

Großhändler.

Das Ortskartell für proletarische Jugendpflege demonstriert Sonntag, den 14. September, vormittags 10.30 Uhr, für die Sozialdemokratische Partei — Liste 1. Die Teilnehmer sammeln sich um 10 Uhr auf dem Sportplatz der Freien Turner, Schleierstraße. In dieser Demonstration beteiligt sich alles!

Eilenburg.

Aus dem Gewerkschaftskartell. Zunächst hörten die Delegierten einen fesselnden Vortrag des Arbeitsekretärs Gen. Buchholz, Halle, über „Gewerkschaften und Reichstagswahl“. Hierauf wurde die vom Vorstand vorgelegene Liste der Arbeitsgerichtsbeisitzer, welche gemeinsam mit dem Torgauer Ortskartell aufgestellt wird, ohne Aenderung genehmigt. Eine Aussprache über die eingeführte Brünings-Notverordnung betr. der Krankenkassen wurde für eine erweiterte Sitzung bis nach den Wahlen zurückgestellt.

**Wer prüft
der wählt
die guten,
preiswerten
Lebens-
mittel
von**

Stückenzucker z. Einmachen Pfd. -35	Smyrna Sultana ninen Pfd. -35	Tilsiter Käse 1/2 fett Pfd. -62	Auslands-Eier frisch gezeichnet 10 Stück -78
KOLONIALWAREN		FRISCH-FLEISCH I. KLASSE	
Kartoffelmehl . . . Pfund 22,5	Beinfl. Pfund 1,10	Schweine-Fleisch	
Vollreis Pfund 22,5	Hohe Rippe . . . Pfund 1,30	Bauch Pfund 1,00	Margarine . . . Pfund 62, 54, 47,5
Weizenmehl . . . Pfund 24,5	Schmorbraten o. Kn. Pfd. 1,30	Keule Pfund 1,20	Kokosfett Pfund 50,5
Kaiserauszugmehl . Pfund 28,5	Rouladen Pfund 1,70	Kamm Pfund 1,40	Vollmilch . . . große Dose 50,5
Grießadennudeln 1/2-Pf. 25,5	Kalb-Fleisch	Schnitzel u. Lende Pfund 2,00	Amerikan. Schmalz Pfund 78,5
Pudding-Pulver 1/2-Pf. 25,5	Brust u. Kamm . Pfund 1,30	Hammel-Fleisch	Molkereibutter . 1/2 Pfund 83,5
Maispuder Pfund 32,5	Blatt u. Wickelbraten Pfd. 1,30	Bauch Pfund 1,20	Allfete. Molkereibutt. 1/2 Pf. 92,5
Rote Grütze 1/2-Pf. 35,5	Keule und Niere . Pfund 1,30	Rücken Pfund 1,30	Dessertkäse 30% 3/6 Kart. 25,5
Eiernudeln 1-Pfund-Paket 50,5	Koteletten Pfund 1,50	Keule Pfund 1,40	Emmentaler Käse 6/8 Kt. 75,5
Makkaroni 1-Pfund-Paket 50,5		Koteletten Pfund 1,40	Edamer Käse 20% Pfund 78,5
Schokoladen-Pulver Pfund 95,5			Dänischer Käse 30% Pfd. 95,5
Gebr. Kaffee 1/2 Pfd. 1,40, 1,10 95,5			Steinbuscher, vollfett Pfd. 95,5
			Roggenbrot . . . 3 Pfund 45,5
Jauersche Brühwurst Pfd. -85	Oelsardinen 5 Dosen 1,00	Ringelheimer Auszugmehl 5 Pfd. Beutel 1,35	Braunschweiger Schlackwurst Pfd. 1,78
KONFITUREN		FISCHKONSERVEN	
Pralinen-Mischung Pfund 60,5	Anchovy-Paste große Tube 50,5	MARMELADEN etc.	
Husten-Mischung . Pfund 60,5	Sardellen-Paste große Tube 50,5	Kilo-Emser	
Kokoslocken m. Schok. Pf. 60,5	Ochsenmaul-Salat Pfd.-Do. 60,5	Schinken, gekocht 1/4 Pfund 50,5	
Sahne-Bonbon . . . Pfund 80,5	Fetheringe in Tom. Dose 85,5	Hausmacher-Sülze . Pfd. 95,5	
Speise-Bruch-Schokol. Pfd. 85,5	Kippered-Heringe . . Dose 85,5	Blut- u. Leberwurst Pfd. 95,5	
Kokos-Makronen . . Pfund 85,5	Bratheringe Liter-Dose 85,5	Zervelatwurst . . . Pfund 1,58	
Aus unserer Fabrik Burgmühle	Bismarckheringe Liter-Dose 85,5	Kasseler Rippenspeer Pfd. 1,58	
Vollmilch-Schokolade 100 g 25,5	Rollmops Liter-Dose 85,5	Salamiwurst, hart Pfund 1,75	
Vollm.-Krok.-Schokol. 100 g 35,5	Hering in Gelee Liter-Dose 85,5	Nußschinken . . . Pfund 1,95	
Burgmühle-Pralin. 200-g-K. 50,5	Kron-Sardinen . Liter-Dose 85,5	Brschw. Teewurst Pfund 2,20	
Burgmühle-Pralin. 400-g-K. 1,00	Pilchards in Tomate Dose 1,20	Brchw. Kalbsleberw. Pfd. 2,20	
Sortiment 3 Taf. à 100 g 1,00	Gabelheringe, geröstet Dose 1,25	Makkaroni m. Schink. Dose 30,5	
		Ragout fin Dose 1,00	
		Eisbein in Aspik . . Dose 1,40	

ALTHOFF

EXTRA-ANGEBOT — VERKAUF IV. STOCK

Pflaumen- oder Apfeltorten 50,5 Bienenstich rund, 50,5
 Streuselkuchen rund, 50,5 Quarktorten 75,5



Wahlplanimetrie des Rates

Seit einiger Zeit werden bei öffentlichen Wahlen auf jewei-



neben die für die Landtagswahlen errichteten Tafeln noch solche für die Reichstagswahlen stellen. Run prangt diese Fierde der Stadt überall in verdoppelter Auflage.

Wor einiger Zeit hielten es die SPD für notwendig, sich über die SPD zu beschweren. Sie respektiere nicht die vom Rate fest-

Protest der Schrebergärtner

Das jetzt im Freistaat Sachsen regierende Beamtenkabinet treibt, wie schon wiederholt in diesen Spalten nachgewiesen, einseitige bürgerliche Interessenpolitik.

Wir zweifeln daran, daß die Schrebergärtner bei dieser Regierung, die in Wirklichkeit die Sachwalterin einzelner Interessengruppen ist, Erfolg haben.

Öffnung der Lesefäle der Bücherhallen

Auf Grund der Beschlüsse der Städtischen Kollegien werden vom 16. September ab die Lesefäle der 1., 3 und 4. Städtischen Bücherhalle wieder geöffnet.

Krone des Reichsgerichts

Herr Jorns in seinem „Dienst“zimmer

Liebe Volkszeitung!

Vor einem Jahr hat man das Reichsgericht „oben herum“ renoviert, doch in diesem Jahr kommt nun, wie du bereits schon in deinem Artikel vom 29. August 1930 mitgeteilt hast, die vordere Fassade daran.

Aber nun noch eins: Als ich mich am Freitag, dem 29. August 1930, gegen 13 Uhr, „studienhalber“ im Reichsgericht aufhielt, begegnete ich im Gange des Gebäudes Herrn Reichsanwalt. Ja, rate mal wem? Du kommst ja doch nicht darauf, also will ich es unter dem Siegel der Verschwiegenheit verraten!

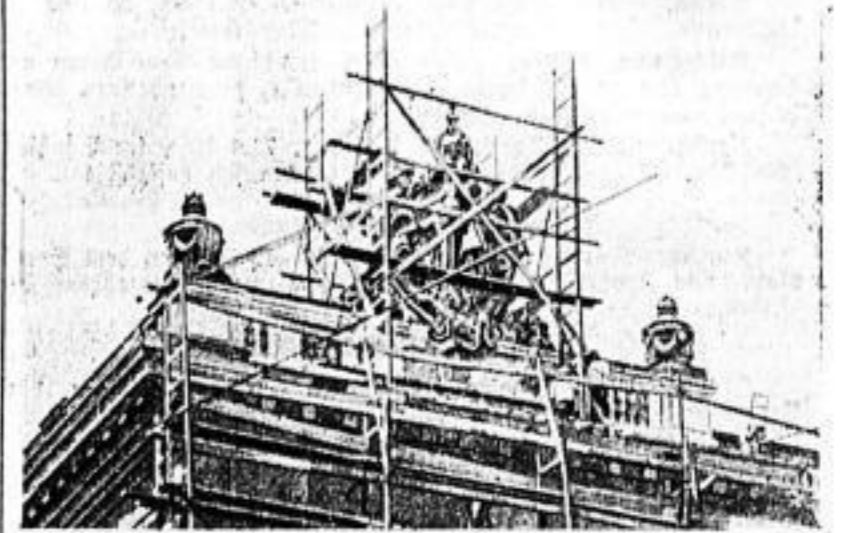
Nun sprach aber am 16. Mai 1930 der damalige Reichsjustizminister Dr. Bredt bei der Beratung zum Justizetat folgende Worte:

„Reichsgerichtsrat Jorns hat nach seiner Beurlaubung keinerlei Arbeit mehr im Reichsgericht geleistet. Es mag sein, daß er sein Amtszimmer aus privaten Gründen noch mehrere Male betreten hat. Ich versichere auf das Bestimmteste, daß er nicht mehr im Reichsgericht tätig ist.“

Den Worten eines Justizministers soll man Glauben schenken und so wird wahrscheinlich auch diesmal ein Dementi dahingehend folgen, daß Herr Jorns nur die Vertretung einiger Kollegen, die sich gegenwärtig in den Ferien befinden, übernommen hat.

Und nun noch ein zweites Beispiel: Das Gerüst, das zum Abbruch des Reichsgerichtsgebäudes aufgestellt wurde, reicht hinauf bis zu den höchsten Spitzen der kaiserlichen Reichsadler mit der Kaiserkrone.

getriebter Kinder glaube! Als ich am nächsten Tage wieder am höchsten deutschen Gericht vorbeiging, bemerkte ich zu meinem Erstaunen, daß die Steinmengen damit beschäftigt sind, dieses monarchistische Andenken nicht abzubrechen, sondern auch zu renovieren. Sie putzen also gewissermaßen das Firmenschild



des Reichsgerichtes. Damit wenigstens da kein Dementi erfolgen kann, stellte ich meine Kamera in Bewegung; ein Knips und — da hast du das bestehende Bild.

Du siehst also, liebe Volkszeitung, wie weit es schon in der deutschen Republik gekommen ist. Das republikanische Reichsjustizministerium läßt Kaiserkrone und kaiserliche Wappen einige Stellen in Berlin Morgenluft? Es scheint so!

Kollege Jorns und die monarchistischen Embleme in und um das Reichsgericht, nehmen der deutschen Justiz das letzte Vertrauen. Beides muß verschwinden! Ueber Näheres reden wir nach der Wahl.

Jugendverderber aus Profitgründen

Wer denkt nicht mit Grauen und Entsetzen an die Greuel des Krieges und an die ungeheuren Opfer, die er Generationen auferlegt. Unsere heutige Zeit der Wirrnis und Not ist doch wahrlich Warnung genug.

„Jinnsoldaten“ müßt ihr haben, eine ganze Schachtel voll.“ So singt Ihr kleiner Pöckling, wenn er mit seinen Kameraden in den ersten Jahren aus der Schule kommt.

Kaufen Sie sie ihm, gnädige Frau, viele bunte Jinnfiguren: Deutsche, Franzosen, Russen, Japaner, Engländer und Schotten mit ihren bunten Köpfchen, Kolonialsoldaten und farbige! Zum Namenstag, zum Geburtstag, zu Weihnachten und freuen Sie sich an der Intensität des Soldatenspiels Ihres Jungen mit seinen

Die gestohlene Unterschrift

Die Volkspartei hat sich seit ihrem Bestehen immer weiter in Mißkredit bei den Wählern gesetzt. Es traut ihr keiner recht. Die Volkspartei ist zweifellos auch diejenige Partei, die am wenigsten Resonanz bei der breiten Masse der Wählerschaft hat.

Und das eben ist der Schwindel. Der Gewerkschaftsbund der Angestellten ist über diesen Schwindel begrifflicherweise sehr empört. Er sieht sich sogar veranlaßt, im Inseratenteil der Leipziger Neuesten Nachrichten dagegen Stellung zu nehmen.

„Eine große Zahl von schriftlichen und mündlichen Anfragen veranlaßt uns zu nachfolgender Erklärung: Ein „Wahlaustrich“ für Angestellte im Wahlkreis Leipzig“ unter Führung des DVW wird in einem an viele Leipziger Angestellte versendeten Rundschreiben vom 29. August 1930 für die Wahl des Herrn Thiel, Geschäftsführers im Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband.

Wir stellen dazu fest, daß wir weder von der Bildung dieses Ausschusses und seinem Wirken unterrichtet wurden, noch prominente Mitglieder unseres Bundes an diesem Ausschuss beteiligt sind.“

Eine verflucht blamable Geschichte für den Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband nicht minder als für die Volkspartei. Es muß sehr hoffnungslos um die Affäre dieser Partei stehen, wenn ihre Manager zu ihrer Rettung zu solchem faulstinken Schwindel greifen.

Wichtig bei gewerblicher Hausarbeit

Vom städtischen Gewerbeamt wird uns geschrieben: Wer Arbeit an Hausarbeiter auslöst oder ihnen abnimmt, hat in dem Räume, wo das geschieht, Lohnverzeichnisse offen auszulegen oder Lohnlisten auszuhängen.

Feindliche Brüder

Das Polizeipräsidium teilt mit: Am 10. September in der ersten Stunde nachts kam es in der Kochstraße, in der Nähe des Kreuzes in Leipzig-Connewitz, zu einer Schlägerei zwischen Nationalsozialisten Hitlerischer und Otto Straßerischer Richtung, an der sich dann auch noch ein Kommunist beteiligte.

Der Bund der Kriegsverletzten, Witwen und Waisen der tschechoslowakischen Republik in Deutschland, Sitz Chemnitz, E. T., hält am 13. und 14. September 1930 im Südbrau, Feiger Str. 36, seinen 4. Bundestag ab.

Wahl-Veranstaltungen

Donnerstag, den 11. September, 20 Uhr

Böhlitz-Ehrenberg

Große Eiche: Otto Schröter, Leipzig Die roten Ratten wicken mit

Mackranstädt

Volkshaus: Reichstagsabgeordn. Hugo Saupe Die roten Ratten wicken mit

Taucha

Schützenhaus: Walter Zeiler

SPD Unterbezirk Groß - Leipzig

Kameraden, wie er sich daran freut, Regimenter ins Mandat ziehen zu lassen, Paraden abzunehmen, ja sogar seine Heere gegeneinander in den Krieg zu schicken.

„Freuen Sie sich an Ihrem Bubens... erfüllen Sie ihm seinen einzigen Wunsch“, fleht der geschäftstüchtige an die Gemütsseite der Frau appellierende Jinnsoldatenfabrikant.

Sorgen des Droßfengewerbes

Wo bleibt die Reichsregierung?

In Leipzig findet gegenwärtig der 10. Verbandstag des Zentralverbandes für das Droßfengewerbe Deutschlands statt. Und diese Veranstaltungen brachte — gegen alle Erwartungen — eine Reihe von interessanten Aenderungen. Nachdem der Verbandsvorsitzende Franz Schneider in einer eingehenden Begrüßungsansprache die große ökonomische Bedeutung des Gewerbes unterstrichen und die Förderung seiner Bestrebungen durch das Polizeipräsidium Leipzig hervorgehoben hatte, erhielt nach den Vertretern von Reichs- und Länderregierungen Stadtrat Leiske für die Stadt Leipzig das Wort. Nach einer kurzen Einleitung führte er folgendes aus: „Es war mir angenehm, aus dem Munde Ihres Herrn Vorsitzenden erfahren zu haben, daß die Vertreter der großen Brennstoffkonzerne an Ihrer Tagung teilnehmen. Ich brauche darum nicht in der Abwesenheit der Angegriffenen über die Preisentwicklung in der Brennstoffversorgung und die Werbemethoden dieses Industriezweiges zu sprechen. Das Droßfengewerbe ist der stärkste Kunde des Brennstoffhandels. Kehtlich wie in Leipzig hat es sich wohl auch in anderen Städten zum genossenschaftlichen Einkauf des Brennstoffes zusammengeschlossen, um die Vorteile des gemeinsamen Einkaufes auszunützen. Wir haben nun in Leipzig das Gefühl — und ich spreche das mit Bedacht im Namen der Öffentlichkeit im Namen der Stadtverwaltung aus —, daß der Brennstoffhandel Wege einzuschlagen beginnt, die nicht mehr als wirtschaftlich bezeichnet werden können! (Bravo!) Wir erleben im Rathaus Leipzigs seit Jahren einen stürmischen Wettlauf des Brennstoffhandels um das Leipziger Geschäft. Wir können uns nicht retten vor Anträgen auf Zulassung von Tankstellen auf den schönsten Plätzen unserer Stadt. Das ist in einer Zeit der Fall, in der der Fahrzeugverkehr nicht zunimmt, sondern vermutlich eher zurückgeht. Wir haben das Gefühl, daß dieser Wettlauf zu Auswüchsen der Reklame geführt hat. Reklame ist selbstverständlich notwendig, besonders in schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen, aber Reklame kann auch unwirtschaftlich werden und wir haben im Leipziger Rathaus den Eindruck, daß es bei dem Brennstoffhandel schon fast soweit gekommen ist. Hoffentlich wird sich Ihr Verbandstag mit diesem Problem beschäftigen!“

Es ist bedeutsam, daß ein Vertreter der bürgerlichen Ratsmehr-

heit diese scharfen Worte gegen die Aenderung des Benzinhandels gebraucht hat und von den Verbrauchern dieses Rohstoffes ein Einschreiten verlangt.

Der Vorsitzende des Verbandes begrüßte die Anregung des Stadtrats Leiske und fügte hinzu, daß man die Verteuerung der Benzinpreise als „horrend“ bezeichnen müsse. Vor dem Kriege habe ein Liter Benzin 16 Pfennige gekostet, heute betrage der Preis (bei einer wesentlich schlechteren Qualität) 30 Pfennige. Auch die örtliche Preisgestaltung sei durchaus „willkürlich“. Es sei zu hoffen, daß die anwesenden Vertreter der Brennstofffirmen die Warnungen des Ratsvertreters beherzigen würden, solange es noch rechtzeitig sei!

Obwohl die Benzinvention also den Betriebsstoff für das Droßfengewerbe in der ungeheuerlichsten und rücklichtlosesten Weise verteuert hat und zum großen Teile Schuld daran trägt, daß die Existenzorgane der kleinen Droßfenundernehmer ständig wachsen, denkt die Reichsregierung nicht daran, gegen die Benzinvention einzuschreiten. Auch die gerichtlichen Verfahren gegen die Konvention werden in ihrer Durchführung unter Duldung der Behörden sabotiert, wofür unmittelbar der Reichsjustizminister Dr. Brühl verantwortlich ist, dessen Partei besonders eifrig um die Stimmen des Droßfengewerbes wirt!

Auch das Verhalten der deutschen Automobilindustrie wurde kritisiert. Das kam im Geschäftsbericht und in einem Referat des Verbandsschatzmeisters Bruno Henschler zum Ausdruck. Aus Henschlers Referat war recht deutlich zu erkennen, in welcher unglaublichen Weise große Teile der deutschen Automobilindustrie ihre Experimente auf Kosten des Droßfengewerbes gemacht haben, wie sie dessen Verlangen nach Einlösung von Serieware in Form von Einheitsdroßfen jahrelang zu sabotieren suchten! Für Droßfen, deren Karosserie entsprechend der polizeilichen Vorschriften etwas anders, aber durchaus nicht kostspieliger, gestaltet wurde als bei Privatwagen, wurden Zuschläge bis zu 2000 Mark erhoben!

Anschließend sprach der Reichstagsabgeordnete der Wirtschaftspartei Mollath über die Stellung der gelehrenden Körperschaften zum Droßfengewerbe. Sein Vortrag war ein typisches Beispiel von Gemeinplatz-Demagogie. Durch geschickt vorgebrachte Selbstverständlichkeiten und eine Reihe von Seitenhieben gegen die Sozialpolitik versuchte er, für die Wirtschaftspartei Wahlpropaganda zu machen. Daß gerade Mollaths Partei in der Reichs-

gemeinen, des Droßfengewerbes im besonderen, beigetragen hat, daß die schwersten Bedrohungen der Existenz des Droßfengewerbes durch die Großindustrie und die Großkonzerne erfolgt; daß die Reichsregierung Brüning-Schleier-Bredt nicht daran denkt, die Kartellverordnung gegen die Benzinvention zur Anwendung zu bringen; werden die beteiligten Kreise am 14. September hoffentlich nicht vergessen!

Die „Notwehr“ der Bombenschmeißer

Am Altonaer Bombenprozeß wurden in den letzten Tagen die Zeugenvernehmungen fortgesetzt. Bemerkenswert sind die Aussagen des Zeugen Rechtsanwalt Dr. Strauß aus Lüneburg, der auch Nebenkläger ist. Er berichtete von den Schänden, die die an seinem Hause zur Explosion gebrachte Bombe angerichtet hat. Der Zeuge will bei dem Attentat sofort an Wold gedacht haben. Als Motiv des verübten Anschlages bezeichnete er die Wut der Bäckischen darüber, daß er Republikaner, früherer Reichsbannermann und Jude sei. Hinsichtlich der gestellten Entschädigungsansprüche habe Strauß gemerkt, daß die Angeklagten, die sonst immer so tun, als ob sie zusammen durch die Schuld gehen würden, durchaus nicht mehr so geschlossen auftraten, wenn es ans Zahlen gehe. Auf das ihm gemachte Angebot, auf die Teilnahme am Prozeß als Nebenkläger zu verzichten und dafür eine reichlichere Entschädigung in Empfang zu nehmen, habe er selbstverständlich verzichtet.

In den Befundungen des als Zeugen vernommenen Bauernbundesführers Gellert ist besonders interessant, daß in öffentlichen Versammlungen der Angeklagte Becker erklärt habe, daß angesichts der Not der Landwirtschaft durchaus ein Notwehrrecht bestände, zu töten. In diesem Zusammenhang sollen auch die Namen Grzesinski und Braun genannt worden sein.

Am Schluß der Verhandlung am Mittwoch stellte Oberstaatsanwalt Dr. Gollnick den Antrag, die Angeklagten Becker und Welsche, die in den letzten Tagen oft in Versammlungen gesprochen hatten, zu verhaften. Nach mehr als einstündiger Beratung wurde der Gerichtsbeschluss verkündet, Welsche und Becker neuerdings in Haft zu nehmen, da aus ihrem öffentlichen Auftreten geschlossen werden müsse, daß sie Zeugen beeinträchtigen wollten.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Werbt neue Leser für die Volkszeitung!



Paul Baumann

Fischwarengroßhandlung
Windmühlenstraße 42 und Nürnberger Straße 3
Fernsprecher: 14122

- Schellfisch, frisch, o. Kopf, 4 Pfd. 98
- Grüne Heringe 4 Pfd. 98
- Fetter Goldbarsch, 3 Pfd. 98
- Filet von Goldbarsch, bes. fett, 2 Pfd. 98
- Fettbücklinge 150
- Kiste, 5 Pfund Inhalt
- Fettbücklinge 48
- Ausgewogen, 1 Pfd.

Wählen Sie beim Einkauf von Fischen Baumann!

Nicht wählen,

sondern das einzig Richtige tun: Aus Ihrem Stoff für

Mk. 29.⁰⁰

oder Mk. 39.⁰⁰

einen Anzug

oder Mantel

anfertigen lassen!

H. Weigler

Jakobstr. 6 (am Fleischerplatz)

Die Frauenwelt

ist eine unentbehrliche Helferin und Beraterin jeder Arbeiterfrau, der Frauen des Angestellten- und mittleren Beamtenstandes. Alle Frauen u. jungen Mädchen, die sich mit der Frauenwelt bekannt gemacht, die ihren hohen praktischen und idealen Wert für sich erkannt haben, wollen sie nicht mehr in ihrem Hause missen und wählen zu dem großen treuen Leserkreise, der von Dikt zu Dikt um viele Hunderte wächst.

Die Frauenwelt erscheint 14täglich. Jedes Heft enthält die neuesten Modenschau Selbst ist die Frau. Preis pro Heft mit Schnittmusterbogen 45 Pfennige, ohne Schnittmusterbogen 35 Pfennige. Alle Austräger und Filialen der Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen.

Leipziger Buchdruckerei H. G. Ust. Buchhandlung Tauscher Str. 19/21



Selbsthilfe • Leipzig

Wir empfehlen:

- | | |
|--|---|
| Erbsen grüne, handverl. Pfd. 24 | Kakao lose pa Pfd. 74 |
| Erbsen gelbe, Viktoria Pfd. 24 | Schokoladenpulver la lose 1/2 Pfd. 25 |
| Erbsen polierte 1/2 Pfd. 40 | Raspel-Schokolade 1/2 Pfd. 40 |
| Erbsen polierte 1/2 Pfd. 40 | Milch-Schokolade 3 Taf. à 100 gr 85 |
| Linsen pa., gut kochend, Pfd. 58 u. | Milch-Schokolade fein 3 Taf. à 100 gr 1.00 |
| Bohnen weiße, la handverl. Pfd. 34 | Pralinen-Mischung sehr fein 1/2 Pfd. 35 |
| Reis Riesenskarolln., das beste Pfd. 60 | Mokka-Creme-Pralinen 1/2 Pfd. 30 |
| Reis Karollner la Pfd. 50 | Punsch-Edel-Creme-Pralin. 1/2 Pfd. 30 |
| Patna-Reis la Pfd. 48 u. | Weinbrand-Bohnen la Pfd. 60 |
| Moulin-Reis ungesch. Pfd. 42 | Schokoladen-Pastillen 1 Pfd. 60 |
| Vollreis Pfd. 30 u. | Premier-Dessort 1/2-Pfd.-Kart. 70 lb. 1.00 |
| Bruohreis Pfd. 20 | Goole-Früchte sehr fein 1/2 Pfd. 25 |

- | |
|--|
| Feitheringe pa. deutsche 3 Stück 20 |
| Kartoffeln gutkochend 10 Pfund 45 |
| Zwiebeln beste Börner 10 Pfund 75 |
| Sauerkraut pa Geschmack Pfund 12 |
| Speck feinstor deutscher Pfund 1.12 |
| Butter Stück 85, 94 und 1.00 |
| Apfelwein herb, nach Frankfurter Art. . . Liter nur 50 |

und alle übrigen Lebensmittel und Haushaltartikel billigst mit

6% Rückvergütung 6%

in den bekannten Verkaufsstellen, oder, wo nicht vorrätig, durch Zentrallager Leipzig N 22, Wilhelmstraße 54, Fernspr. 52567.

Bestellungen auf Herbskartoffeln zum jeweiligen Tagespreis frei Keller nehmen alle Verkaufsstellen an

Vorzügl. Marmeladen und Konfitüren erster Firmen

Erdbeer-Konfitüre mit Früchten 2-Pfd.-Eimer 135	Pflaumenmus 1-Pfd.-Glas 50
Himbeer-Konfitüre mit Früchten 2-Pfd.-Eimer 125	Johannisbeer-Konfit. 1-Pfd.-Glas 100
Aprikosen m. & Früchten 2-Pfd.-Eimer 125	Himbeer-Johannisbeer-Gelee 1-Pfd.-Glas 120
Kirsch-Konfitüre mit Früchten 2-Pfd.-Eimer 135	Gold-Orange-Gelee 1-Pfd.-Glas 105
Ananas-Konfitüre mit Früchten 2-Pfd.-Eimer 165	Stachelbeer-Konfitüre 1-Pfd.-Glas 95
Erdbeer-Äpfel-Marm. mit Früchten 2-Pfd.-Eimer 95	Himbeer-Konfitüre 1-Pfd.-Glas 120
Rhein-Äpfelkaut 2-Pfd.-Eimer 120	Kirsch-Konfitüre 1-Pfd.-Glas 110
Vierfrucht-Marmel. 2-Pfd.-Eimer 85	Aprikosen-Konfitüre 1-Pfd.-Glas 120

Lebensmittel in bekannter Güte und Preiswürdigkeit.

- | | |
|---|---|
| Frisch-Fleisch 1.Kl. | Wurstwaren |
| Rindfleisch Pfd. 1.10 | Hausmacher-Leberwurst Dose ca. 1 Pf. 75 |
| Schmorfleisch ohne Knochen Pfd. 1.60 | Dayr. Bierwurst Pfd. 1.35 |
| Kalbkeule Brust Pfd. 1.20 | Schinken gekocht 1/2 Pfd. 50 |
| Kalbkeule oder Niere Pfd. 1.50 | Schinken roh 1/2 Pfd. 60 |
| Schweinebauch mager Pfd. 1.00 | Zungenwurst 1/2 Pfd. 55 |
| Schweinekeule Pfd. 1.20 | Kassler Leberwurst 1/2 Pfd. 40 |
| Schweinekamm Pfd. 1.40 | Salami Ringdarm Pfd. 1.75 |
| Hammelfleisch Pfd. 1.20 | Mettwurst ca. 150 g Stück 40 |
| Eisbein ohne Knochen 1-Pfd.-Dose 1.10 | Holsteiner Zervelatw. Pfd. 1.20 |
| Konfitüren • Weine | Verschiedenes |
| Bonbon-Mischung z. Teil gefüllt Pfd. 45 | Eier-Bruch-Makkaroni Pfd. 42 |
| Milch-, Nuß-, Sahne-, Mokka-Karamell Pfd. 55 | Linsen (neue Ernte) Pfd. 43 |
| Gefüllte Waffeln Pfd. 75 | Souchong-Tea 1/2 Pfd. 95 |
| Falter-(Feodora)-Eisblock-Schok. Pfd. 1.30 | Kaffee (frisch geröstet) 1/2 Pfd. 1.10 |
| Goole-Frucht-Würfel Pfd. 78 | Deutsche Markenbutter (Unsere Spezialmarke) 1/2 Pfd. 92 |
| Citronen-Gebäck Pfd. 95 | Edamer Käse (vollfett) Pfd. 90 |
| 1823er Doldesheimer Hofstück 1/2 Fl. 95 | Echter Schweizerkäse 1/2 Pfd. 83 |
| 1824er Kalistader Saumagen 1/2 Fl. 95 | Vollmilch 4 Dosen 95 |
| Portug. Oelsardinen in hellem Öl Klub-Dose 55 45 | Mastenten Pfund 1.20 |

BRÜHL

Heute und morgen große Modenschau von 3-6 Uhr nachm. unter Mitwirkung der diesjährigen deutschen Mode-Königin

Wachsvolle Kundgebung der Alten in Gera

Die alljährlich stattfindende Altersriegelfahrt des Leipziger Bezirks vom Arbeiter-Turn- und Sportbund hatte diesmal Gera zum Ziel, um dort an dem Abschluß der Reichsarbeiter-Sportwoche und der damit zusammenfallenden 25jährigen Erinnerungsfahrt der Turnhallenweiche des Ostvorstädtischen Turnvereins teilzunehmen.

Weit über tausend Leipziger Altersturner nahmen an der Veranstaltung teil, die am Sonnabend mit zwei großen Begrüßungsabenden begonnen wurde.

Bei schönem Wetter wurden am Sonntag früh Ausflüge in die nähere Umgebung Geras unternommen. Der Höhepunkt der Veranstaltung war der gewaltige Aufmarsch der Geraer und Leipziger Arbeitersportler, der durch die von Zehntausenden von Menschen umsäumten Straßen der Stadt führte. Stolz wehten die roten Sturmflaggen im Winde und als auf dem Marktplatz der Bundesvorsitzende Gellert an alle Versammelten Worte des Dankes und anfeuernde Worte für die Weitergestaltung des Arbeitersportes sprach, stimmten außer den Teilnehmern auch fast alle in großer Zahl erschienenen Besucher in das Treugelübnis zum Sozialismus und den Kampf für den Sieg der Liste 1 ein.

Sportliche Darbietungen aller Art umrahmten die prächtig gefundene Veranstaltung, die wieder einmal so richtig zeigte, was durch Einheit der Bewegung erreicht werden kann.

In Roters Restaurant am Plagwitzer Bahnhof wurde von Teilnehmern an der Altersriegelfahrt eine Tasche mit Inhalt verkauft, Abzuholen im genannten Lokal.

Erfolg des Werbespieltags in Baunsdorf

Der Vormittag brachte Handballspiele von den unteren Mannschaften mit nachstehenden Resultaten: Die 2. Jugendmannschaft gegen Südwest 2:4:1, die 1. Jugend behauptete sich gegen Eiche-Blauen mit 9:1, das Spiel der zweiten Vertretung gegen Eiche-Blauen 2 war ein abwechslungsreiches Treffen. 6:2 blieb Baunsdorf siegreich. Nachdem standen sich die Spielerinnen von Baunsdorf und Eiche-Blauen gegenüber. Das Ergebnis lautet 3:1. Der Nachmittag war den Hauptspielen gewidmet. Zahlreiche Zuschauer fanden sich ein, um diese interessanten Kampfaustragungen zu beobachten. Im allgemeinen kann man diesen Tag als einen gelungenen bezeichnen. Es werden wohl alle Arbeitersportfreunde mit Zufriedenheit den Platz verlassen haben. In den Spielen selbst: Baunsdorf Hoken-Lindenau 9:1. Von Anfang an übernahmen die Braunweihen die Führung, um sie bis Ende in ihrer Hand zu behalten. Baunsdorf war technisch besser und konnte durch Schnelligkeit den Sieg sicherstellen. Lindenau spielte sehr planlos und bediente die Außen schlecht. Das Spiel der Hokenspielerinnen gegen Südost wurde von Baunsdorf mit 2:0 gewonnen. Anschließend begann unter der allgemeinen Jubel der Zuschauer sowie Spieler das Spiel mit dem Ball „Ungeheuer“ (Fußball). Diese Begegnung stellte die Anforderungen an die Radmuskel der Außenstehenden. Auf den

Selbe stritten die Sportler gegen die Turner um den Sieg. Infolge größerer Schnelligkeit blieben die Sportler mit 8:0 im Vorteil. Im Handballtreffen: Baunsdorf-Fichte-Halle wurde den Zuschauern ein schönes Kombinationspiel gezeigt. 7:3 blieb unser Bezirksmeister siegreich. Beide Mannschaften legen ein scharfes Tempo an den Tag, jedoch ist Baunsdorfs Sturm schneller und der Erfolg läßt nicht lange auf sich warten. Der Veranstalter kann das Resultat bis Wechsel auf 4:1 festsehen. Nach Wiederaufstieg geht Halle mehr aus sich heraus, muß aber den Ball zweimal postieren lassen. Gutes Können zeigten beide Hüter. Sie fingen Bälle, die als sichere Tore galten. Das gegenseitige Kritikhieren der Baunsdorfer Spieler untereinander gab dem sonst gutem Spiel ein lächerliches Bild.

Deine Zeitung ist deine beste Waffe

Sozialist sein und eine bürgerliche Zeitung halten — das verträgt sich nicht. Die Zeitung der erwerbstätigen Bevölkerung kann nur die Volkszeitung sein. Nursie allein verfehlt die Interessen des arbeitenden Volkes. Bringe diese Überzeugung auch deinen Arbeitskollegen bei. Wirb neue Leser für die Volkszeitung

Für jeden neuen Leser zahlen wir eine Werbeprämie

Resultate:
Handball, VSK-Grimma-Südost 5:0; Lindenau-Horkau 3:0; Wahren-Südwest 3:3; Fortwärt-Wurzen-Vorwärts-Süd 1:1; Gohlis-Lindenau 12:1; Schönefeld-Köthen 6:3; T. Grimma-Großwitz 5:0; Markranstädt-Vorwärts 1:0; Eintracht 2-Horkau 2:1; Weitz 03-Wff. 04 2:0; Plagwitz-Großschader 2:2; Unterer Wismut-Hoken, Gohlis 2-Südost 2:4; Fortwärt-Süd 2-Waldern 2:0; Lindenau 2-Südost 3:2; Rodau 2-Eintracht 3:2; Gohlis 4-Normanna 2:0; Fortwärt-Süd 3-Vorwärts-Wurzen 5:0; Schönefeld 2-Croßitz 1:4; Zwenkau 1-Döbeln 2:5; Waldern-Süd 4-Südost 3:0; Weitz 03 2-Wahren 3:3; Plagwitz 2-Waldern 3:1.
Spielerinnen, Wahren-Preußen 0:3; Fortwärt-Süd-Lindenau 1:2; Sportklub 2-Plagwitz 1:2; Rodau-Südost 3:2; Zwenkau-Großsch 8:0; Wff. 04-Waldern 3:0.

AUS ALLER WELT

Leuchtende Rettungsringe

Die Rettung Ertrinkender ist nachts natürlich besonders schwer. Auch die Rettungsringe zeigten sich in ihrer bisherigen Form nicht allen Anforderungen gewachsen. Denn der Ertrinkende kann sehr oft den Ring nicht sehen, und umgekehrt ist es der Mannschaft der Rettungsboote nicht möglich, den mit einem Ring auf dem Meer treibenden Menschen in der Dunkelheit zu erkennen. Man hat daher einen Rettungsring konstruiert, der durch eine eingebaute Leuchtvorrichtung sichtbar bleibt. In den Ring ist eine Aluminiumhülle eingelassen, die am oberen Ende eine Glaslinse trägt. Unter der Linse ist eine elektrische Birne angebracht. Die Kontakte der Luft- und wasserdicht abgeschlossenen Batterie, durch die die Birne betrieben wird, laufen in eine Kammer, die mit Sauerstoff versehen ist. Kommt der Ring nun mit dem Wasser in Berührung, so dringt das Wasser durch diesen Sauerstoffverschluss in die Kammer ein. Im Innern der Kammer befindet sich auf dem Sieb ein trockener Schwamm. Dieser saugt das einströmende Wasser auf, dehnt sich dabei aus und bringt dadurch die dicht über ihm liegenden, sehr leichten Kontakte zur Berührung: Der Stromkreis ist geschlossen, die Birne leuchtet auf. ml.

Ein Vogelnest aus Stahl

Die Vögel bedienen sich zum Nestbau oft des eigenartigsten Baumaterials, wie Fischknochen, Holz- und Metallstückchen usw. Daß aber ein Vogelpaar sein Nest vollständig aus Stahl aufbaut, dürfte doch nicht alle Tage vorkommen. In einem Orte in der Nähe von Genf, wo sich viele Uhrenfabriken befinden, konnte man beobachten, daß ein Bachstelzenpaar blinkende Gegenstände aus einem Abfallhaufen eifrig zum Nestbau forttrug. Die Vögel wurden weiter beobachtet, und es stellte sich heraus, daß sie von dem Abfall der Uhrenfabriken haarfeine Stahlpäne auflesen und aus diesen fast ihr ganzes Nest aufbauten. Nach dem Ausfliegen der jungen Brut wurde das seltsame Nest entfernt und dem Genfer Museum übergeben.

Mailkäfer vertilgen Millionen

Der Mailkäferflug, der im vorigen Jahre wieder einmal in großem Umfang auftrat, hat nach einem französischen Bericht Schädigungen im Wert von etwa einer Milliarde Frank angerichtet. In Niederösterreich, wo die Mailkäfer in diesem Frühjahr sehr zahlreich auftraten, soll der Schaden etwa 20 Millionen Kronen betragen haben.

Und warum das alles? — Weil der „Kultur“mensch in seiner Weisheit vielfach die natürlichen Feinde der Mailkäfer vernichtet, weil er alles, was nicht seinem unmittelbaren Nutzen dient, zerstören zu müssen glaubt, weil namentlich der Stadtmensch von der Natur und ihren Gesetzen nichts mehr wissen will.

Morgen

Wieder Freitag, wieder Ausnahmen

Der Fell-Plüschmantel ist bekannt

M 29. als Ausnahme

Dieser billige Preis ist neu

Fell-Imit. jugendl. Form ganz auf kunstseidenem Futter gearbeitet

<p>Ein Schalkragen</p> <p>gefüttert, mit Fichus Crêpe de chine und breiter Spitze garniert, weiß, champ. rosé</p> <p>Als Ausnahme 1.45</p> <p>Ausgestellt im Portal</p>	<p>Marocaine-Druck</p> <p>in prachtvollen Druckmustern. Qualität und Muster müssen Sie sich ansehen, Sie werden staunen</p> <p>Als Ausnahme Meter 1.65</p>	<p>Mantelstoff</p> <p>ca. 140 cm breit, teils reine Wolle, eine gute Qualität zu diesem kleinen Preise und dazu noch in den schönen Farben blau, grün und braun, bedeutet eine Leistung.</p> <p>Als Ausnahme Meter 1.65</p>
<p>Ein Strumpf Ein günstiger Zufall noch einmal die gleiche Ausnahme vom gleichen Fabrikant in gleicher Qualität</p> <p>feinmaschige Kunstseide, in modernen Farben blond, blond-rosé, nougat, braun und toupe mit doppelter Fußverstärkung zum gleichen günstigen Preis</p> <p>als Ausnahme 1.65</p> <p>Ausgestellt im Fenster Nr. 1</p>	<p>Krawatten-Sonder-Angebot</p> <p>an Qualität, Form und Musterauswahl können Sie große Ansprüche stellen. Dazu ein Preis, der eine erstaunliche Leistung darstellt.</p> <p>Als Ausnahme 1.85</p> <p>Ausgestellt im Fenster Nr. 3.</p>	<p>Ein Prinzeßrock</p> <p>aus Kunstseide, mit sehr breiter Bogenspitze (teils oben und unten) in allen Modefarben, in dieser Qualität etwas ganz Besonderes</p> <p>Als Ausnahme 3.90</p> <p>Die schwere Qualität beweist die Ausnahme</p> <p>Ausgestellt im Fenster Nr. 2</p>

Extra billige Lebensmittel

Rindkochfleisch . . . Pfd. 95 ↘	Hühner zum Braten und Kochen . . . Pfd. 98 ↘	Schmelzschokolade . . . 200-Gramm-Tafel 50 ↘	Margarine . . . Pfd. 54 ↘
Rind-Gulasch . . . Pfd. 1.10	Junge Enten . . . Pfund 1.20	4 Tafeln Vollmilch- oder Haselnuß-Schokolade . . . 95 ↘	Kokosfett . . . Pfd. 50 ↘
Rind-Rouladen . . . Pfd. 1.48	Bücklinge . . . Pfd. 38 ↘	Steinpilze . . . 2-Pfd.-Dose 1.45	Molkereibutter . . . 1/2 Pfd. 33 ↘
Hammelkochfleisch . . . Pfd. 1.10			Haferflocken . . . Pfd. 26 ↘
Hammelrücken . . . Pfd. 1.15			Linsen neu Ernte Pfd. 48 ↘
Schweinebauch . . . Pfd. 95 ↘			Bruchmakaroni . . . Pfd. 42 ↘
Schweinskeule . . . Pfd. 1.18			Eier-Nudeln . . . Pfd. 48 ↘
Schweinskoteletts . . . Pfd. 1.40			5 Pfd. Weizenmehl . . . 1.05
Hammelkeule . . . Pfd. 1.25			5 Pfd. Hut-Zucker . . . 1.95
Schweinspökelkeule Pfd. 1.15			
Blut- od. Leberwurst Pfd. 85 ↘			
Ger. Schweinsbacken Pfd. 88 ↘			
Rauchfleisch . . . Pfd. 1.38			
Frisch gebrannter Kaffee 95 ↘			
1/2 Pfd. 1.40 1.20 1.10			

selbstverständlich

AG

DAS HAUS DER VOLKSTÜMLICHEN PREISE

Unsere beliebte **Kernseite 68** auch weiterhin 1000 gr

Ausgestellt im Fenster Nr. 5

DIE LISTE



Gegen den Abbau der Arbeitslosen-, Kranken- und Invaliden-Versicherung
Gegen die Diktatur mit § 48

Achtung, Kriegssopfer!

Hört mal zu!

Von Erich Rohmann (Stuttgart).

In der gegnerischen Presse wurde die Behauptung aufgestellt: „Nach keine Regierung hat so einschneidende Verschlechterungen in der Versorgung der Kriegssopfer getroffen, wie die von den Sozialdemokraten beherrschte jetzige Regierung. Der Reichsarbeitsminister Wiffell, ein Sozialdemokrat, hat bei seiner Etatvorstellung 25 Millionen für Kapitalabfindung einfach gestrichen.“

„Der Deutsche“, das Blatt der christlichen Gewerkschaften, hat vor kurzem diese Vorwürfe in anderer Form erneuert und wiederum hat sich die Seeschlange durch die gesamte bürgerliche Presse gewälzt. Die Presse des Stahlhelms, der Kriegervereine und der Nazis hat diese Angriffe selbstverständlich unbesehen übernommen. Dabei ist jeder Satz eine Unwahrheit. Wahr ist, daß Wiffell den vollen Anfall von 88 Millionen Mark bei der Kapitalabfindung für die Kriegssopfer in seinen Voranschlag für 1930 aufgenommen hatte. Nicht er hat die Streichung von 25 Millionen Mark veranlaßt; sie geschah gegen den Widerspruch der Sozialdemokraten auf Drängen der Volkspartei, die ursprünglich sogar 40 Millionen absehen wollte. Als Wiffell im Sommer 1929 erkannte, daß die Mittel für die Kriegssopfer nicht ausreichten und neben neuen Mitteln die Zuficherung verlangte, daß im Haushalt 1930 wieder 88 Millionen für die Kapitalabfindung bereit gestellt würden, wie unter seinem Vorgänger Dr. Brauns,

sind ihm in einer interfraktionellen Besprechung die Koalitionsparteien unter der Führung des jetzigen Reichsfanzlers Dr. Brüning in den Arm gefallen.

Wiffell hat dann noch im Haushaltsvoranschlag für 1930 wieder 88 Millionen gefordert. Darauf hat man ihm die Summe wieder auf 63 Millionen gekürzt. Im Haushaltsausschuß hat Wiffell persönlich eine Erhöhung auf 88 Millionen beantragt und begründet. Abgelehnt wurde die Erhöhung von den jetzigen Regierungsparteien und den Deutschnationalen. Dieser Vorgang wiederholte sich in der Plenarsitzung vom 3. 7. 30. Jetzt hat die Regierung Brüning weitere 14 Millionen an der Kapitalabfindung auf Grund der Notverordnung gestrichen. Niemand hat in der Sozialdemokratie jemals daran gedacht, den Kriegserwitwen die Heiratsabfindung streitig zu machen. Der Wiederbeginn der Nachuntersuchungen war schon von dem früheren Reichsarbeitsminister Dr. Brauns (Zentrum) für 1. 1. 1930 angeordnet.

Wahr ist, daß während der Tätigkeit des sozialdemokratischen Reichsarbeitsministers 23 500 Kriegsbeschädigte und rund 90 000 arme Kriegserwitwen in den Genuss früherer Entzogenener oder zu Unrecht vorenthaltener Rente gekommen sind.

Wiffell wurde deshalb in der bürgerlich-kapitalistischen Presse beschuldigt, bewußte und unbewußte Simulanten begünstigt zu haben.

In der Reichstagsitzung vom 2. Juli 1930 — 2 Wochen vor der Auflösung also — habe ich die Zentrumsfraktion wegen der unerhörten Angriffe öffentlich gestellt. Ihr Sprecher, der Abgeordnete Dr. Krone, hat darauf folgende Erklärung abgegeben:

„Sie haben dann, Herr Kollege Rohmann, von der Kritik gesprochen, die eine Reihe Zentrumszeitungen an dem Verhalten Ihres Herrn Reichsarbeitsministers Wiffell geübt hat. Ich sehe nicht an, zu erklären, daß ich diese Kritik nicht billige! Es hat gar keinen Zweck, gerade auf diesem Gebiete irgendwelche Vorwürfe zu erheben. Die Maßnahmen, die auch Sie erwähnt haben und die Ihr Herr Reichsarbeitsminister im vorigen Jahre durchführen mußte, waren aus der Not der Zeit heraus geboren. Ich und meine Freunde lehnen es ab, dem Herrn Reichsarbeitsminister Wiffell den Vorwurf zu machen, daß er mit Rücksicht auf die Kriegssopfer unverantwortlich gehandelt habe.“

(Amtliches Reichstagsprotokoll über die 189. Sitzung vom 2. 7. 30.)

Das Zentrum hat wohl gewußt, warum es eine solche Erklärung abgab. Das Zentrum war als Regierungspartei im Kabinett Müller nicht nur mitverantwortlich dafür, wie man mit den Kriegssopfern umgeht, sondern es hat zusammen mit der Deutschen Volkspartei innerhalb des Kabinetts der Großen Koalition die Sparpolitik an den Kriegssopfern gegen den Widerspruch der Sozialdemokratie direkt erzwingen. Das Zentrum wußte am 2. Juli auch bereits, daß die von der Sozialdemokratie hartnäckig verteidigten Leistungen der Reichsversorgung von der Regierung Brüning rücksichtslos abgebaut werden sollten. Das geschah denn auch bald. Neue Renten dürfen jetzt nicht mehr bewilligt werden, auch wenn die Gesundheitsstörung ganz zweifellos auf den Kriegsdienst zurückzuführen ist. Der Antrag der Sozialdemokraten, Versorgung wenigstens noch zuzulassen, wenn es sich um Schwerebeschädigte handelt, wurde von den Parteien des Kabinetts Brüning und den Deutschnationalen niedergestimmt. Selbst denjenigen, die schon einmal Rente hatten oder deren Dienstbeschädigung durch rechtskräftiges Urteil anerkannt ist, wurde der Rechtsanspruch entzogen, der bisher bei eintretenden Verschlimmerungen ohne weiteres wirksam wurde. Eltern von Gefallenen oder von solchen Kriegsteilnehmern, die vor 1927 an ihren Dienstbeschädigungen gestorben sind, können künftig keine Elternrente mehr erhalten. Der sozialdemokratische Antrag, ihnen wenigstens eine bescheidene Beihilfe zu sichern, ver-

An die Kriegssopfer in Stadt und Land!

Ihr wart gewohnt zu kämpfen, ihr habt hierbei Leib und Seele zu Markt getragen / Kärgliche Renten, Drosselung des Rechtsanspruches auf eure wohlverwahrten Rechte sind der Dank / Euer »Kriegskamerad« Paul von Hindenburg hat durch Mißbrauch des Artikels 48 der Reichsverfassung eure Rechte noch mehr beschnitten

Frontkämpferkabinett, unter Führung des obersten »Kriegskameraden«, gegen die Kriegssopfer!

Wie der Beamte zur Reichshilfe beitragen muß, so sollen auch eure Renten in Zukunft um denselben Betrag gekürzt werden / Diese Beträge sollen mittels der Osthilfe den Krautjunkern von Ost- und Westpreußen zugeschanzt werden / Kriegssopfer, die wegen ihrer Erkrankung nicht heiraten und somit der Volksgesundheit dienen, sollen Ledigensteuer bezahlen / Kriegssopfer! Eure Angehörigen dürfen nur 15 Wochen krank sein, sie müssen dann 6 Wochen gesund sein, ehe sie einen neuen Anspruch auf Krankenhilfe stellen können

Kriegssopfer, soll das so bleiben?

Wollt ihr am 14. September einen Reichstag wählen, welcher diese Schandverordnung noch weiter ausbaut, wollt ihr euch und eure Familien noch mehr dem Hohn und Spott der zur Zeit herrschenden Klasse aussetzen,

oder

wollt ihr am 14. September eine Reichsregierung wählen, die für den Ausbau der Reichsversorgung eintritt und somit eine menschenwürdige Versorgung sicherstellt? / Wollt ihr dies, dann kämpft mit in den Reihen der

Sozialdemokratischen Partei Deutschlands!

Nehmt aktiv teil am Wahlkampf! / Verhelft

der Liste 1 zum Sieg!

Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen / Kreis Leipzig

fiel der Ablehnung durch die Parteien des Kabinetts Brüning und die Deutschnationalen. Der Rechtszug wurde abgedrosselt.

Die vom Reichstag 1927 auf Drängen der Sozialdemokratie beschlossene Härteverordnung ist beseitigt.

Sämtliche Verschlechterungen in der Krankenversicherung wurden auf die Kriegsbeschädigten übertragen, deren gesetzlich garantierte Heilbehandlung damit eine starke Durchlöcherung erfahren hat. Die entsprechenden Gesetze wurden zwar im Reichstage nicht mehr verabschiedet; aber das „Kabinett der Frontkämpfer“ hatte es mit der Verschlechterung der Kriegssopferversorgung so eilig, daß sie von ihm als eine Tat des berühmten Hindenburgprogramms durch den Diktaturparagraphen verordnet wurde.

Das Ausgabenentzugsgesetz der Regierung Brüning sieht u. a. sofortige Verschlechterungen vor:

700 000 Kindern von Kriegsbeschädigten sollen die Kinderzulagen genommen werden,

um 70—75 Millionen Mark zu sparen! Die Sterbegebühren für die Hinterbliebenen sollen gekürzt werden! Bezüge aus der Invaliden-, Angehörigen- und Unfallversicherung, die bisher neben der Rente gezahlt wurden, sollen künftig auf die Kriegssopfer angerechnet werden.

Die von Monat zu Monat wachsende Finanznot war den kapitalistischen Parteien ein willkommenes Vorwand zu einem weit ausgeholten Schlag gegen die deutsche Sozialpolitik, von der auch die Kriegssopferversorgung ein Teil ist. Die Sozialdemokratie war die größte Hemmung, die der Durchführung dieser Pläne entgegenstand. Sie mußte beseitigt werden. Deshalb die sinnlosen, verkehrten Angriffe, die am 14. September auf die Urheber zurückfallen werden, nachdem die Kriegssopfer erkannt haben, welches frivole Spiel die bürgerlichen Parteien mit ihnen getrieben haben. Kriegssopfer! Rechnet ab!

Wählt Liste 1!



Der Aufbauvorschlag der Sozialdemokraten brachte dem deutschen Volke eine jährliche Milderung der Reparationslast von 700 Millionen Mk.

Der Landbündler geht um!

In den Mantel des „Erneuerers“ gehüllt

„Das Landvolk wird also in diesem Wahlkampf mit eigenen Pfoten auftreten, die der Reichslandbund mit dem Einsatz seiner ganzen Autorität unterstützen wird. Der Landbund paßt sich damit der Situation an, die durch die falsche Führung der bisherigen großen Rechtspartei geschaffen wurde.“ So hieß es in der Wochenschrift des Reichslandbundes. In demselben Auftruf wurde auch gesagt, wofür der Reichslandbund kämpft:

„Für die Abänderung des nachrevolutionären Systems durch planmäßige Erneuerung auf allen Gebieten: Verfassung und Verwaltung, Zoll- und Handelspolitik, Siedlungspolitik, Steuer- und Sozialpolitik.“

Der Landbund als „Erneuerer“ auf allen Gebieten! Da lassen denn doch alle Hühner. Wen will denn dieser Fuchs glauben machen, er wolle wirklich zugunsten der breiten Massen des Volkes etwas erneuern?!

Nicht erneuern, sondern verjähern will der Landbund die Verfassung.

Es paßt ihm nicht, daß die Masse des Volkes unter der jetzigen Verfassung solch großes Mitbestimmungsrecht hat. Das frühere preussische Dreiklassenwahlrecht, bei dem ein Besitzer das hundertfache Stimmrecht eines Arbeiters hatte, das wäre dem „Erneuerer“ Landbund recht. Es paßt ihm auch nicht, daß heute in die Verwaltung Menschen hineinkommen, die nicht mit ihm durch dick und dünn gehen, sondern eine andere Meinung vertreten als die vom Reichsbund patentierte.

Der Reichslandbund will auch eine „Erneuerung“ der Zoll- und Handelspolitik. Das heißt:

Er will eine Zoll- und Handelspolitik, die es den falschen geleiteten Großbetrieben ermöglicht, auf Kosten der Gesamtheit weiter zu wirtschaften, die aber den kleinen Landwirten das Dasein äußerst erschwert. Eine Zoll- und Handelspolitik, die uns mit allen übrigen Staaten in Handelskriege verwickelt und uns noch mehr Arbeitslose beschert, als wir schon heute haben.

Wenn der Landbund von „Erneuerung“ der Sozialpolitik spricht, so hat der Landarbeiter an den Ausspruch des Präsidenten des Landbundes und Abgeordneten der Christlich-nationalen Bauernpartei, Hepp, zu denken, der im Februar 1928 auf der 8. Reichslandbundtagung sagte, es sei festzustellen, „daß das Gesamtmaß der Aufwendungen zu sozialen Zwecken in keinem Verhältnis steht zur Leistungsfähigkeit der Verpflichteten.“ (Stürmischer Beifall.)

Andere Landbündler drückten sich noch sozialreaktionärer aus. So der Landbündler von Richtig. Er prägte 1928 auf dem 9. Schlesischen Landbundtag folgende Worte:

„Leiden alle unsere Gesetze in neuerer Zeit unter Perwersität, so kann man vornehmlich die neuartige Sozialgesetzgebung als den Gipfel der Perwersität bezeichnen; und als solche bezeichnen sie alle verständigen Arbeiter ebenfalls. Noch sind unsere Landarbeiter zu verständlich und sehen ein, daß solche Gesetzgebung und solches Gebaren auf die Dauer unmöglich sind. Niemand aber kann man es heute verdenken, wenn er die Arbeit niederlegt, die Wohnung beibehält und Erwerbslosenfürsorge bezieht. Im übrigen wird ja bekanntlich, wie man so sagt, diesen Leuten „von der Natur der Tisch gedeckt.“

Unerhört dieser Appell

an die „verständigen“ Landarbeiter!

„Perwers“, widernatürlich soll es sein, daß ein Arbeiter, der im Dienst des Kapitals jahrelang geschuftet hat, in seinen alten Tagen als Invalid eine Rente von monatlich durchschnittlich ganzen 37 Mark erhält. „Perwers“ soll es sein, wenn ein unschuldig arbeitsloser Familienvater mit Frau und zwei Kindern, der einen Wochenverdienst von 30 Mark hatte, als Erwerbsloser 14,85 Mark Arbeitslosenunterstützung erhält.

Man kann das Elend der Millionen, die erwerbslos sind, nicht blutiger verhöhnen, als mit der junferlich unverschämten Bemerkung, „für diese Leute“ sei „von der Natur der Tisch gedeckt“.

Aber der Landbund verspricht ja noch mehr als „Erneuerung“, d. h. Abbau der Sozialreform. Er will

„auch schulpolitische Erneuerung“

Wie die aussehen würde, wenn der Landbund sie zu organisieren hätte, das enthüllt ganz unmißverständlich ein fortbildungsschulfeindlicher Landbündler, der im Frühjahr 1928 auf einer Landbundtagung in Rudolstadt unter lebhafter Zustimmung der Versammelten so loslegte:

„Wir haben keine Lust, unsere jungen Leute allwöchentlich in die Schule zu schicken, damit sie abends, wenn sie mit der Laterne nach Hause wandern, das schöne Lied singen: „Solange noch der Bauch in die Weste paßt, wird keine Arbeit angefaßt. Schrumm, schrumm, schrumm, wer arbeitet, der ist dumm.“ Fort mit dem Zauber, weg mit der Fortbildungsschule!“

Es genügt, diese freche Utade gegen das Fortbildungsschulwesen niedriger zu hängen und dadurch anzuprangern.

Landarbeiter und Kleinbauern, die auf die Erneuerungshenkelei des Landbündlers hineinfallen und bündlerisch wählen, begeben politischen Selbstmord. Sie liefern sich und ihre Familien den schlimmsten Feinden eines Kulturbauseins der Massen aus.

Was heißt NSDAP?

Neckische	Spießer,	Doll	Auf	Profit
National	Salbadernde	Demagogen	Allerhöchster	Polenz
Niedlich	Semilisch	Durchsetzte	Arier-	Partei
Nationale	Sendung:	Die	Andern	Prügel!
Neuzeitliche	Soldateska	Der	Ausbeuler-	Parteien
Noch	Strömt	Die	Arbeitgeber-	Pinke
Nie	Solist	Du	Arbeitgeber	Provozieren!
Nun	Stütz'	Dich!	Adolf	Proklamiert!
Nee,	Sind	Das	Aber	Proleten!!!



Wählt Sozialdemokraten!

Die Hitler-Leute

wollen den deutschen Arbeiter ans (Haken)kreuz schlagen



Wehrt die Nazi ab.

Wählt Sozialdemokraten. Liste 1

Was sagen die Frauen dazu?

Herr Dr. Rompel in Mainz-Kastel, der Vorsitzende „des Arbeitsausschusses von Zentrumswählern, die die radikalen Frauenrechtlerinnen bekämpfen“, hat an die Leitungen der Parteien ein Schreiben gerichtet, das sich gegen „eine noch stärkere Vertretung der Frauen im Reichstage“ wendet. Wörtlich heißt es darin:

„Eine Partei, die verhältnismäßig viel weibliche Abgeordnete hat, schwächt sich selbst, weil sie meist viel höherwertige produktive männliche Arbeitskraft lahm legt.“

Diesen Zentrumskleuten geht also schon die bisherige Berücksichtigung von Frauen bei den Wahlen zum Reichstag zu weit. Bekannt genug ist, daß nur die Sozialdemokratische Partei den größten Wert darauf legt, den Frauen nicht nur das Recht zu wählen, sondern auch das Recht, gewählt zu werden, zu geben. Infolgedessen hatte bisher schon die sozialdemokratische Reichstagsfraktion den stärksten Anteil von weiblichen Mitgliedern unter allen Parteien des Reichstages. Das Zentrum dagegen läßt es sich wohl gern gefallen, wenn die Frauen für seine Kandidaten stimmen; aber es sucht den Anteil der Frau an den aussichtsreichen Reichstagskandidaturen nach Möglichkeit zu beschränken. Dieser Arbeitsausschuß von Zentrumswählern möchte aber noch weitergehen, indem er die weibliche Arbeitskraft indirekt als minderwertig bezeichnet und deshalb auch die Vertretung der Frau im Parlament ausschalten sucht.

Auf diese Herausforderung kann es für die Frauen nur eine Antwort geben: Sie wählen am 14. September Liste 1 der Sozialdemokratie, die stets für die Gleichberechtigung der Frau gekämpft hat und ihr auch durch die Tat Ausdruck gibt.

Bahn frei!

Millionen marschieren im donnernden Takt
Millionen haben ins Zeitrad gepackt
Millionen des Hungers, Millionen der Not
Millionen im Kampfe für Freiheit und Brot —!
Millionen Hände, sie sind bereit,
Millionen Hirne, sie formen die Zeit
Millionen Lippen, sie sind wie ein Schrei
Sie rufen der Arbeit Kolonnen herbei —
Millionen, — es gilt —! Jetzt haltet Gericht
Millionen, — es gilt —! Vergelt's ihnen nicht!
Millionen, — es gilt —! Mit der Waffe des Scheins
Siegt eure Klasse mit Liste Eins! —

Rufa.

Prof. Ludwig Quidde, der verdienstvolle Friedenskämpfer sagt:



.. die Politik der Demokratischen Partei hat dahin geführt, dass ein Mann wie Erkeleur zur Sozialdemokratie geht..... Viele Jüngere stehen auf dem Sprunge, Erkeleur zu folgen.....

Die Diktatur ein schlechtes Geschäft

Die Finanzkrise der spanischen Diktatur

Von Paul Sende.

Die deutschen Freunde der Finanzdiktatur mögen sich nun in Spanien erkundigen, was für Anheil dort die Diktatur in finanzieller Hinsicht stiftete, und welches Chaos dort sie hinterließ. Die Diktatur ist ein schlechtes Geschäft, Allerdings nur für das Land — für die engeren Anhänger der Diktatur hingegen ein sehr gutes. Dadurch wird die Begeisterung führender Finanzkreise für die Diktatur verständlich.

Als General Primo de Rivera am 13. September 1923 seinen Staatsstreich vom Stapel ließ, wendete er sich in einer Proklamation an die Bevölkerung. Den Staatsstreich begründete er damit, daß sonst kein Mittel vorhanden sei, das korrupte parlamentarische Regime zu stürzen. Der General versprach, folgende Wunder in der kürzesten Zeit zu erwirken: Aufräumen mit der Verschwendung im Staatshaushalt, Herabsetzung der Ausgaben, keine Schuldenwirtschaft mehr und... vollständige Unterdrückung der Korruption. Der General trat in der Maste eines Sanft Georg Nitters auf den politischen Schauplatz, er versprach die Tötung des Korruptionsdrachens.

Primo de Rivera wurde am 28. Januar 1930 durch einen anderen General ersetzt. Wie er seine Versprechen erfüllte und in welcher finanziellen und wirtschaftlichen Lage er Spanien zurückließ, darüber berichtet ein Buch, das vor einigen Wochen im Verlag Balois in Paris erschien. Der Verfasser des Buches, Santiago Alba, ist einer der bekanntesten Politiker und Volkswirtschaftler Spaniens. Zur Zeit des Staatsstreiches war er Minister des Inneren, und es gelang ihm, nach Frankreich zu fliehen. Das Buch stützt sich ausschließlich auf die Daten der offiziellen Statistiken und Erklärungen der gestürzten Diktatur. Eine besondere Bedeutung verleiht dem Buch der Umstand, daß Francesco Ritti, der gewesene italienische Ministerpräsident, dazu ein längeres Vorwort geschrieben hat, in dem er die Grundgedanken der spanischen und italienischen Finanzdiktaturen beleuchtet.

In welchem Zustande übernahm die Diktatur Spanien, und wie schaut ihre Verfallschiff aus?

Ende 1922 betrug die spanische Staatsschuld 14,4 Milliarden Pesetas (der Wert der Peseta war dem des Goldfranken gleich). Diese Schuld erhöhte sich bis zum Ende 1929 auf 20,1 Milliarden; ihre Zunahme betrug daher 5,7 Milliarden, mehr als 40 Prozent. Der Betrag der Kommunal-schulden stieg während derselben Zeit von 585 Millionen auf 1618 Millionen, die Gesamtschuld der Provinzen von 72 Millionen auf 318 Millionen. Im Jahre 1922 hatte Spanien keine kurzfristigen Schulden im Auslande. Ende 1929 war es an Morgan, Rothschild und die Wilsbank mit 67 Millionen Dollars verschuldet. Die Bedingungen dieser ausländischen Anleihen sind so drückend, daß sie lebhaft an die von der türkischen Regierung in der Vorkriegszeit aufgenommenen Darlehen erinnern.

So löste die Diktatur ihr Versprechen in Bezug auf Sparsamkeit und Herabsetzung der Staatsschulden ein!

Santiago Alba führt aus, daß Spanien in der ersten Nachkriegszeit sich in einer äußerst günstigen finanziellen Lage befand, da es an dem Kriege nicht teilgenommen und sehr gewinnreiche Geschäfte mit den kriegführenden Staaten gemacht hatte. Er schätzt den Reingewinn der spanischen Volkswirtschaft während der Kriegsjahre auf 5 Milliarden Pesetas. Spanien brauchte daher keine Schulden im Auslande zu machen, im Gegenteil, es wäre in der Lage gewesen, dem Auslande Anleihen zur Verfügung zu stellen. Die Bande der Klünderer, die den Diktator umgab, vermehrte aber die Schulden des Staates, um dabei Geschäfte machen zu können.

Der größere Teil des Schuldzuwachses blieb in den bodenlosen Taschen der den Diktator unterstützenden Finanzgruppen und ihrer politischen Agenten.

Im Rahmen des Staatshaushaltes ist daselbe Bild von Verschwendung zu verzeichnen. Die Staatsausgaben stiegen während der sieben Jahre der Diktatur von 3,25 Milliarden Pesetas auf 4,7 Milliarden, daher um mehr als 40 Prozent. Im Jahre 1922 betrug die Gesamtausgaben des Ministerpräsidentiums — das Außenministerium mit eingerechnet — 14 Millionen Pesetas. Im Jahre 1928 gab die Regierung zu, unter diesem Titel 50 Millionen verausgabt zu haben. Sie gab trotzdem nur einen Teil der Wahrheit zu, denn die spanische Diktatur, ebenso wie die italienische verwendete

ungeheure Summen zum Ankauf ausländischer Zeitungen und zur Bestechung ausländischer Politiker und Journalisten.

General Primo kam mit dem Versprechen, das militärische Abenteuer in Marokko, das Spanien fürchtbare Geld- und Blutopfer auferlegte, in Balde zu liquidieren. Diese Liquidierung ist aber noch heute nicht zu Ende.

In Marokko wurden 60 000 spanische und 30 000 eingeborene Soldaten auf Kosten der spanischen Steuerzahler erhalten.

Nach den bisherigen Feststellungen machen die Vorschläge, die der Diktator den verschiedensten Unternehmungen gewährte, 700 Millionen Pesetas aus, es ist wenig wahrscheinlich, daß es der jetzigen spanischen Regierung gelingen wird, diese Vorschläge von den Unternehmungen, von denen ein bedeutender Teil in der Zwischenzeit verbrachte, zurückzuführen.

Es war letzten Endes der Sturz der Peseta, der den Sturz der Diktatur hervorrief. Auch die Bemühungen des Generals Berenguer, des jetzigen Regierungschefs, vermochten nicht, dem Währungsverfall Einhalt zu gebieten. Der Wert der Peseta beträgt heute nur noch 54 Prozent des Friedensfußes, ob zwar die spanische Notenbank über einen ansehnlichen Metallschatz verfügt, der eine 50prozentige Deckung des Banknotenumlaufes gewährleistet. Diese Katastrophe wurde eigentlich durch die Valutapolitik der Diktatur hervorgerufen. Primo trug sich zuerst ebenso wie Mussolini mit dem ehrgeizigen Plane, die Goldparität der Peseta herzustellen. Diese Bestrebung war nur eine kurze Zeit lang von Erfolg begleitet, um so jäher war dann der Sturz. Die Regierung verpulverte riesige Summen, um den Kurssturz aufzuhalten, aber ohne den geringsten Erfolg — wie meinen, ohne Erlöse für den Staat, aber mit um so größerem Erfolge für die Eingeweihten, die große Gewinne einheimsten. Als die Regierung nicht mehr imstande war, zur Valutenstützung größere Anleihen im Auslande aufzutreiben, erklärte sie einfach, den Kurs nicht mehr stützen zu wollen. Die Folge dieser Erklärung war

ein Sturm auf gegen die Peseta, an dem die Anhänger der Regierung in vollem Maße teilnahmen.

Eine weitere Inflation rief die Regierung dadurch hervor, daß sie den Erlös der Staatslieferungen nicht in barem Gelde, sondern mit Staatsobligationen bezahlte, was letzten Endes zu einem Kurssturz sämtlicher Staatspapiere führte, da die Unternehmer gezwungen waren, die Obligationen selbst um den Preis erheblicher Verluste weiterzugeben.

Die Minister Primo de Rivera wollen nun den Teilbestand so hinstellen, als ob die Peseta der Rache des amerikanischen Petroleumkapitals zum Opfer gefallen wäre. Die Diktatur hat vor einigen Jahren ein staatliches Petroleummonopol eingeführt und dadurch die Interessen des Petroleumkapitals geschädigt. Dieses rächte sich dadurch, daß es gegen die Peseta auf ausländischen Börsen ankämpfte. Wie weit die Petroleummagnaten an dem Fall der Peseta schuld sind, soll vorläufig dahingestellt bleiben. Die Diktatur führte das Petroleummonopol nicht ein, um den Profit des Monopolkapitals zu schmälern oder den Interessen der Verbraucher zu dienen, sondern weil die inländische Finanzgruppe, die dieses Geschäft an sich riß, aus den führenden Leuten der Diktatur bestand.

Für die Gewinne, die diese Leute auf Kosten der Verbraucher und unter Verärgerung des ausländischen Kapitals einbrachten, mußte die Peseta aufkommen.

Die Wirtschaftskrise verschärfte sich dermaßen, daß Industrie und Handel, selbst ein Teil der Hochfinanz, sich veranlaßt fühlte, allmählich gegen Primo Stellung zu nehmen. Der König, der den Ausbruch einer Revolution fürchtete, entließ schnell Primo und spielte die Macht einem anderen General in die Hände, der jetzt verzweifelte Versuche macht, die Folgen der verbrecherischen Politik der Diktatur mit untauglichen Mitteln gutzumachen.

Nach Mussolini Primo de Rivera! Diese Beispiele sind wirklich nicht danach angetan, die Begeisterung der deutschen Steuerzahler für eine Finanzdiktatur zu steigern.

Schieles Erfolge

Belastungen der Verbraucher

Der Vertrauensmann des Reichslandbundes im Kabinett Brüning hat mit dem starken Einfluß der Grünen Front auf diese Regierung in weniger als einem halben Jahre zahlreiche Zollsteigerungen vollbracht, die gleichbedeutend sind mit ebenso vielen Neubelastungen der Verbraucher. Die folgende Liste gibt nur eine Auswahl dieser Zollsteigerungen seit April dieses Jahres.

	Zoll pro Tonne		Steigerung in Prozent
	vorher	jetzt	
Mehl jeder Art	232,50	315,—	35
Graupen, Gerst, Gröhe	187,50	315,—	68
Sago, Mandioca	150,—	450,—	200
Speiseerbsen	40,—	150,—	275
Weizen	120,—	150,—	25
Roggen	90,—	150,—	67
Talg von Kindern u. Schafen	25,—	200,—	700
Blumen (Gliesen, Diefen)	70,—	200,—	186
Eier	60,—	300,—	400
Milch, frisch	frei	50,—	?
Milch, entfeimt	50,—	85,—	70
Brauerste	120,—	150,—	25
Futterrüben, frisch	frei	10,—	?
Futterrüben, getrocknet	10,—	30,—	200
Zuckerrüben, frisch	frei	30,—	?
Zuckerrüben, getrocknet	10,—	100,—	900
Kartoffelstoden	100,—	150,—	50
Federvieh, geschlachtet	300—750	450—1200	42—71

Konsumenten!

Bedankt euch am 14. September

Leipziger Rundfunkprogramm

Leipzig—Dresden

Leipzig (157 kHz, 2,3 kW) Welle 259,3
Dresden (941 kHz, 0,3 kW) Welle 318,8

Freitag, 12. September.

- 10.20 Uhr: Bekanntgabe des Tagesprogramms.
- 10.25 Uhr: Was die Zeitung bringt.
- 11.00 Uhr: Werbenachrichten außerhalb des Programms der Mitteldeutschen Rundfunk A.-G.
- 11.45 Uhr: Wetterdienst und Wasserstandsmeldungen.
- 12.00 Uhr: Konzertlänge. (Schallplatten.)
- 13.00 Uhr: Wettervorhersage, Preise- und Börsenbericht.
- Anschließend: Mandoline und Gitarre. (Schallplatten.)
- 14.30 Uhr: Studio der Mitteldeutschen Sender. 1. E. W. Konrad, Dresden, liest aus seiner Dichtung „Der Fluß“ und aus der Novelle „Die weiße Chimäre“. 2. Georg Bernhardt, Dresden: Lyrik; gesprochen von Gert Randolf.
- 15.15 Uhr: Dienst der Landfrau. Elise von Olberg, Reichen: „Meine Erfahrung mit der Lehrlingsausbildung.“
- 15.40 Uhr: Wirtschaftsnaechrichten.
- 16.00 Uhr: Dr. Herbert Veisegang, Wuppertal: „Marie von Ebner-Eschenbach (geb. 13. September 1820).“
- 16.30—17.30 Uhr: Nachmittagskonzert. (Zugleich Uebertragung auf den Deutschlandsender.) Das Leipziger Rundfunkorchester. Dirigent: Wilhelm Reith. Solistin: Henriette Lehne, Leipzig (Gesang). Am Blüthner: Alfred Simon.
- 17.55 Uhr: Wirtschaftsnaechrichten.
- 18.05 Uhr: Sozialversicherungsrundfunk (Invaliden-, Kranken-, Angehörigen-, Arbeitslosen- und Unfallversicherung).
- 18.25 Uhr: Vektor Alfred Edwards, B. A., und Rose Arnold, Leipzig: Englisch.
- 19.00 Uhr: Landgerichtsdirektor Dr. Gerhard Hübler, Leipzig: „Vertöße gegen die guten Sitten.“ II.
- 19.25 Uhr: Tagesfragen der Wirtschaft.
- 19.40 Uhr: Aus Operetten Dresdener Komponisten.
- 21.15 Uhr: Jack London: „Feuer auf See.“ Sprecher: Erich Niederler von der Komödie in Dresden.
- 21.45 Uhr: Neue Kammermusik mit Bläsern. Mitwirkende: Arno Bräunling (Flöte), Artur Richter (Klarinette), Paul Wirmann (Horn), Mitglieder der Staatskapelle Dresden. Am Blüthner: Der Komponist Fritz v. Boje: Quartett für Klavier, Flöte, Klarinette und Horn, Werk 28 (Uraufführung). I. Introduction: Andante tranquillo — Scherzo: Allegretto un poco agitato (Einleitung: Ruhig — Scherzo: Ziemlich bewegt); II. Andante molto sostenuto con variazioni (Sehr ruhig, mit Variationen).
- 21.15 Uhr: Zeitangabe, Wettervorhersage, Pressebericht und Sportfunk.
- Anschließend bis 24.00 Uhr: Unterhaltungskonzert. (Schallplatten.)

Gewerkschaftliche Anzeigen

Ordnungsausschuss des A. D. G. B. Leipzig
Volkshaus, Feiler Straße 32, Fernruf 340 21

Deutscher Bauergewerksbund, Bauergewerkschaft Leipzig
Bürozeit: Vorm. von 9—13 Uhr, nachm. von 16—18 Uhr.
Vor Sonn- und Feiertagen von 9—2 Uhr.

Gruppenveranstaltungen:
Sonnabend, den 13. September 1930,
19 Uhr im Volkshaus.
Zementarbeiter Sonnabend, den 13. September 1930,
19 Uhr im Volkshaus.
Tagesordnung wird in den Veranstaltungen bekanntgegeben. Zahlreiches Erscheinen erwarten Die Leitungen.

Amliche Bekanntmachungen

Maul- und Klauenleuche ist in **Döben**, Leinestr. 50, ausgebrochen. Gemäß § 181 Nr. 4, Bundesratsvorschriften zum Reichsverschuldengesetz vom 7.12.1911 werden der Ortsteil Altdöben als Sperrbezirk und die Ortsteile Neu döben, Dölitz, Köhlig, Neusdorf, Marktleberg und Wackau als Beobachtungsgebiet bestimmt.
Rat der Stadt und Amtshauptmannschaft Leipzig, am 10. September 1930.

Infolge Ausbruches der **Maul- und Klauenleuche** in Leipzig-Schönau Nr. 8 hat der Rat der Stadt Leipzig mit Bekanntmachung vom 8. September den Ortsteil Leipzig-Schönau zum Sperrgebiet erklärt.
Im Anschluß hieran werden bestimmt:
1. Die Gemeinden **Hildmarsdorf, Großmiltitz, Kleinmiltitz und Lauen** als Beobachtungsgebiet,
2. der **Amtsgerichtsbezirk Marxthal** als Sperrgebiet.
Leipzig, am 10. September 1930.
Die Amtshauptmannschaft.

FAMILIEN-NACHRICHTEN

Nach langem, schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden verstarb am 10. September, 1/4 Uhr, im 44. Lebensjahre, meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Tochter, Schwägerin, Schwester, Schwägerin und Tante, Frau
Ida Rosemanit
Leipzig N 21, Magdalenastraße 27, III, 1.
In tiefstem Schmerze
Reinhold Rosemanit und Kinder
nebst allen Hinterbliebenen.
Die Eingäscherung findet am Sonnabend, dem 13. September, 15 Uhr, auf dem Südfriedhof statt. Blumenpenden dankend abgelehnt.

Dank.
Zurückgeführt vom Grabe unserer lieben Entschlafenen, Frau
Sidonie verw. Taubert
geb. Gräfe
sagen wir allen Verwandten, Bekannten und Hausbewohnern unseren herzlichsten Dank.
Leipzig W 32, Wigandstraße 52.
In tiefer Trauer
Ida verw. Gräfe geb. Taubert
und Angehörige.

Dr. Haymann
zurück.
Zahnarzt Dr. Birkenruth
Brühl 25 Telefon 187 70
zurück

Verwenden Sie es beim nächsten Mal.



wenn Sie wieder Waschtage haben. Sie werden hocheifreut sein, denn Dr. Thompson's Seifenpulver, Marke Schwan, ist tatsächlich vorzüglich für alle Wäsche, für alle Abseifenarbeiten in Küche und Haus. Der hohe Seifengehalt verleiht ihm eine ganz besondere Wasch- und Reinigungskraft.
Dr. Thompson's Seifenpulver
MARKE SCHWAN
ist wirklich gut, ist ausgiebig und sparsam im Gebrauch — das ist das Urteil seit fünfzig Jahren.
Zum Erhalten und Klappen der Wäsche Seifenpulver, Paket 15 Pf.

